

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2017



Neue Stiftungsrichtlinie

Aufarbeitung regional: Anne Drescher

Geheimdienstmuseen

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Sexueller Mißbrauch in der DDR
Entschädigung für Heimkinder: zweiter Anlauf
Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2018“ erschienen
Ostbeauftragte stärken

Recht

- 4 Neue Stiftungsrichtlinie
- 5 Letzter Gong!
Beratungsbeginn in Mecklenburg-Vorpommern

Interview

- 6 Roß und Reiter müssen benannt werden

Abgehört

- 8 Stasimuseum – Deutsches Spionagemuseum – Bletchley-Park
- 9 Lauschangriff im Zuchthaus Waldheim

Dokumentiert

- 10 Abgeholt und vermißt?

Berichte

- 11 ...und alle Fragen offen
- 12 Fluchtversuch wegen Medikamentenmangel
Erinnerung nicht vom Alter abhängig
Der 3. Oktober – nur ein Feiertag?
- 13 „Tatort DDR“

Verbände

- 14 Trägerschaft noch unklar
Einladung
Leserbriefe
- 15 Suchanzeige
Abschied

Service/Bücher

- 16 Eine Hymne an die Liebe
- 17 DDR-Anwälte im politischen Prozeß
- 18 Viktor Klemperer: Briefband

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Im August dieses Jahres hat das Menschenrechtszentrum Cottbus auf seinem Gelände ein Mahnmal eingeweiht. Zu sehen mit dem Künstler Gino Kuhn, der selbst politischer Häftling in der DDR war.

Foto: Menschenrechtszentrum Cottbus

Editorial

Kein Hauch von Einsicht

Von Horst Schüle

Weiß der Kuckuck, was mich hat glauben lassen, man werde einen Tag nach den Gesprächen der Unions-Granden in Berlin erkennen, ob Verhandlungen für eine „Jamaika“-Regierungskoalition erfolgversprechend sein könnten oder nicht. Herausgekommen ist ja der bei Politikern oft so übliche Eierkuchen-Teig, den man scharf oder süß verdauen kann. Und obwohl Merkel und Seehofer auf die von den Bayern geforderte „Obergrenze“ verzichtet haben, werden die Grünen wohl scharf reagieren. Wenden wir uns also besser dem zu, was sicher zu bewerten ist. Und das ist zum Beispiel die sofort nach Ernennung von Andrea Nahles zur SPD-Fraktionsvorsitzenden erklärte Absicht, sich der Linkspartei zu nähern. Kompaßkurs klar: Regierungskoalition jetzt nicht mehr nur auf Länder-Ebene, sondern auch im Bundestag. Und daß Frau Nahles mit dieser Absicht im sozialdemokratischen Führungskreis nicht allein steht, hat ja Manuela Schwesig deutlich gemacht, als sie Klaus von Dohnanyis Warnung, er werde seine Partei mit solcher Koalitions-Absicht nicht mehr wählen können, als „nicht angebracht und nicht zielführend“ zurückwies.

Für uns ehemalige politische Häftlinge des Kommunismus – und ich denke, damit für die Mehrheit zu sprechen – wird die SPD, die eine Regierungskoalition mit der Linken möglich werden läßt, ebenfalls nicht mehr wählbar sein. Ich sage das mit aller Bitternis, denn viele von uns haben politisch und familiär sozialdemokratische Wurzeln. Und ich will sogar zugestehen: So mancher von uns will ja vielleicht nicht sein Leben lang in den schrecklichen Erinnerungen des erlebten Terrors verharren, würde sogar noch eine solche Koalition ertragen, dann nämlich, wenn man bei der aus der SED entstandenen Partei Die Linke auch nur die Absicht spüren könnte, ehrlich ihre dunkle Vergangenheit als Staatspartei der DDR aufzuarbeiten. Würde sie abrechnen mit ihren Altvorderen, die ihre Gegner nach Bautzen, Hoheneck oder Brandenburg brachten, die sie dem

sowjetischen KGB auslieferten, der sie jeder nur denkbaren Folter unterzog, in den Gulag verschleppte oder hinrichten ließ. Leider kann man eine solche Abkehr vom kommunistischen Terror auch nicht in Ansätzen erkennen. Im Gegenteil, die frühere Weltklasse-Leichtathletin Ines Geipel hat das richtig in einem Beitrag für „Die Welt“ beschrieben, als sie der mehrfach ihren Namen wechselnden Partei unterstellte, sie sträube sich mit Händen und Füßen gegen jede echte Aufarbeitung der DDR-Verbrechen.

Das ist wohl so. Denn könnte sie sonst einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des DDR-Staatssicherheitsdienstes sogar in ihren Bundestags-Reihen dulden? Einen, der für seine jahrelang gelieferten Spitzel-Berichte Geld-Prämien kassierte und dies alles mit der fadenscheinigen Erklärung versah, er sei „nur abgeschöpft“ worden?

Nein, da gibt es keinen Hauch von Einsicht. Als anläßlich des G 20-Treffens Hamburg bürgerkriegsähnlichen Terror erlitt, da waren es sofort prominente Vertreter der Linken, die jegliche Verbindung zu den linksradikalen Tätern leugneten, obwohl jeder weiß, wo diese ihren ideologischen Überbau finden. Und als jetzt Prozesse gegen einige der Täter begannen, war es wieder die Linke, die sofort die Polizei anklagte, sie hätte provokant und weit überzogen gehandelt. Einmal mehr suchte sie die Schuldigen bei den Frauen und Männern, die Gesundheit und Leben gegen Terroristen einsetzen. Und als bei einem dieser Prozesse in Altona eine organisierte Besuchergruppe im Gerichtssaal den Täter als ihren Helden lautstark feierte, nachdem zuvor das Gerichtsgebäude beschmiert worden war, da glomm sicher bei manchem – wie hieß es doch damals noch bei den Verbrechen der Baader-Meinhof-Bande? – „klammheimliche Freude“ auf.

Heinrich Heine bleibt eben immer aktuell: Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht...

Sexueller Mißbrauch in der DDR

(cs) Seit vier Jahren hat die UOKG immer wieder gefordert, den sexuellen Mißbrauch an Kindern und Jugendlichen in Heimen und Familien der DDR zu untersuchen. Betroffene hatten immer berichtet, daß es in Spezialheimen und Jugendwerkhöfen zu sexuellen Übergriffen gekommen war.

Im Herbst letzten Jahres erhielt die UOKG den Auftrag, diese absolut weißen Flecken in der Geschichte der SED-Diktatur zu untersuchen. Bis dahin gab es eine große Zahl an Untersuchungen über die alte Bundesrepublik, aber keine einzige über sexuellen Mißbrauch in der SED-Diktatur.

Die Expertise wurde am 11. Oktober auf dem 2. Hearing der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Mißbrauchs von den Autoren vorgestellt. Dr. Christian Sachse (UOKG) berichtete über aufgefundene Dokumente und unveröffentlichte Statistiken, Benjamin Baumgart (UOKG) über den juristischen Umgang und Stefanie Knorr (Gegenwind) über die psychischen Folgeschäden.

Nur ein Bruchteil der Mißbräuche wurde überhaupt bekannt. Interne Zahlen belegen aber, daß es 84 000 Anzeigen wegen sexuellen Kindesmißbrauchs zwischen 1960 und 1989 gegeben hat. Die Dunkelziffer lag allerdings viel höher. Nur jeder siebente Fall wurde angezeigt. So ist davon auszugehen, daß es in den genannten Jahren mehr als eine halbe Million Mißbrauchsfälle gegeben hat.

Daß die DDR ihr selbstgepflegtes Image einer lückenlos „sauberen sozialistischen Moral“ nicht ankratzen wollte und daher Informationen unterdrückte, wo sie nur konnte, erscheint aus ihrer Perspektive allzu logisch. Warum aber fast 30 Jahre nach dem Ende der DDR vergehen mußten, ehe sich die heutige Demokratie dieser Frage annahm, ist nicht erklärbar. 

Entschädigung für DDR-Heimkinder: zweiter Anlauf

(uokg) Die UOKG hatte am 5. April 2017 gemeldet, daß dem Bundeskabinett ein Gesetzentwurf des Bundesrates zur Verbesserung der Lage von Heimkindern in der DDR vorlag.

Demnach sollte es ehemaligen Heimkindern ermöglicht werden, unter Berufung auf die Vollstreckung freiheitsentziehender Maßnahmen aufgrund politischer Verfolgung der Eltern ihre eigene Rehabilitation zu erwirken.

Die Bundesregierung konnte nicht zu einer Entscheidung gelangen, weshalb es der Entwurf nicht in den Bundestag schaffte.

Die UOKG schrieb die initiierten Länder an, bei dieser mehr als notwendigen Gesetzesänderung nicht locker zu lassen.

Nun haben Sachsen und Thüringen einen zweiten Anlauf gestartet.

Durch den erneuten Gesetzentwurf (DS 642/17) soll zukünftig der Nachweis genügen, daß gegen die Eltern freiheitsentziehende Maßnahmen aufgrund von rechtsstaatswidrigen Entscheidungen vollstreckt wurden und die Kinder oder Jugendlichen gleichzeitig in einem Heim untergebracht waren.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Ich hatte schon im April mein Unverständnis über das Verfahren geäußert und konnte das Problem nicht erkennen. Ich begrüße es sehr, daß Sachsen und Thüringen noch vor dem Ende der Legislaturperiode einen erneuten Anlauf gestartet haben. Bleibt nur zu hoffen, daß sich diesmal alle der Notwendigkeit und vor allem auch Richtigkeit der Gesetzesänderung bewußt sind.“ 

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2018“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2018 ist erschienen. Er ist zugleich eine Chronik des Jahres 1968, die Tag für Tag an die vielen großen und kleinen Ereignisse dieses Schicksalsjahres erinnert.

Der Kalender beschreibt, wie vor 50 Jahren mit dem Aufstieg Alexander Dubčeks zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der ČSSR der „Prager Frühling“ begann. Die unter Dubček eingeleiteten Reformen lösten eine enorme gesellschaftliche Dynamik aus, die bei den kommunistischen Herrschern in Moskau, Ost-Berlin, Warschau, Budapest und Sofia Argwohn erweckten. Schließlich rückten

in der Nacht zum 21. August 1968 Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein und erstickten den „Prager Frühling“ gewaltsam. Damit wurde nach dem Volksaufstand in der DDR 1953 und dem Aufstand in Ungarn 1956 erneut eine Freiheits- und Demokratiebewegung niedergeschlagen.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2018 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Ostbeauftragte stärken

Zur Diskussion um die zukünftige Wahrnehmung der Aufgaben des Ostbeauftragten der Bundesregierung erklärt der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski:

„Eine Stärkung des Amtes der Ostbeauftragten der Bundesregierung wäre wünschenswert. Die besonderen Belange der Ostdeutschen spielen in der praktischen Politik faktisch keine Rolle mehr.“

Hunderttausende von SED-Opfern fühlen sich im wiedervereinigten Deutschland nur noch als lästige Nörgler wahrgenommen. Zu einer sachlichen Erörterung von Gerechtigkeitsfragen zwischen SED-Opfern und der Politik kommt es kaum noch. Große Teile der ehemaligen SED-Opfer haben sich von der Politik abgewandt und gehören zu den Protestwählern. Das ist bitter“, so Dombrowski, „aber vor allem unnötig. Eine Stärkung der Aufgaben der Ostbeauftragten der Bundesregierung wäre dringend geboten.“ 

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Neue Stiftungsrichtlinie

Verbesserte Zugangskriterien und Leistungen

Zunächst einmal ein Hinweis zum Außerkräfttreten des Häftlingshilfegesetzes im vergangenen Jahr und der Abschlußzahlung, weil es dazu noch immer nicht wenige Nachfragen gibt und mir bekannt ist, daß Leistungsberechtigte aus diesem Grund keine Anträge mehr bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn gestellt haben. Die Leistungen der Stiftung endeten nur für den Personenkreis der außerhalb der SBZ/DDR in Gewahrsam Genommenen, und die geleistete Abschlußzahlung ist eine Einmalzahlung, für die es keine Wiederholung geben wird. Noch einmal: Die Bescheinigung nach § 10(4) HHG behält auch weiterhin ihre Gültigkeit für den restlichen Kreis der Berechtigten!

Nach wie vor werden von der Stiftung Unterstützungsleistungen für den Personenkreis gewährt, der unter § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes fällt, nunmehr nach der neuen Richtlinie des Stiftungsrates und der sich daraus ergebenden veränderten Arbeitsanweisung des Vorstandes für die Bearbeitung von Unterstützungsanträgen. Diese gelten seit Mitte des Jahres und sehen Verbesserungen sowohl bei den Zugangskriterien als auch bei den daraus resultierenden Leistungen für die Betroffenen vor.

Zu dem Personenkreis, der diese Leistungen erhalten kann, gehören u.a.:

- Die selbst Betroffenen mit weniger als 180 Tagen Haft
- Die nächsten Angehörigen (Ehegatten, Kinder, Eltern) von ehemaligen politischen Häftlingen, die im Laufe der Zeit verstorben sind. Diese Angehörigen sollten durch die Freiheitsentziehung nicht unerheblich unmittelbar betroffen sein. Bei Kindern ist das z.B. in der Regel der Fall, wenn sie schon vor Inhaftierung geboren wurden, Ehepartner sollten schon vor der Haft des Partners die Ehe geschlossen haben.
- Die nächsten Angehörigen von aus politischen Gründen Hingerichteten, Maueropfern, von den während der Haft oder im Anschluß an den Haftfolgen Verstorbenen und von im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 Getöteten

Ansonsten werden Unterstützungsleistungen nur in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation gewährt. Als in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt gilt, wer nach der jetzt geltenden Richtlinie nach Abzug von Miete einschließlich Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für ein Eigenheim als Alleinstehender nicht mehr als 1000,- €, als Zwei-Personen-Haushalt (Bedarfsgemeinschaft) 1500,- € zur Verfügung hat (Nettoeinkommen). Für jedes weitere Mitglied der Bedarfsgemeinschaft werden 500,- € auf den Richtwert aufgeschlagen. Mietkosten müssen bis zu einem Betrag von 450,- € nicht nachgewiesen werden, liegen sie darüber, werden sie nur bis zu einer Höhe von 800,- € berücksichtigt.

Wohnt der Antragsteller in einem eigenem Haus oder einer Eigentumswohnung, gilt als pauschaler monatlicher Aufwendungssatz 450,- €, werden höhere Aufwendungen nachgewiesen, erfolgt eine Berücksichtigung bis maximal 800,- €. Eine Versicherungspauschale von 40,- € wird ebenfalls zum Abzug gebracht.

Voraussetzung für die Leistungsgewährung nach § 18 StrRehaG sind u.a. die Vorlage einer Bescheinigung nach § 10(4) HHG, einer strafrechtlichen Rehabilitierung oder einer Entscheidung nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

Als Grundbeträge für Unterstützungsleistungen gelten für den Antragsteller selbst 1100,- € und für jede Person, die in der Bedarfsgemeinschaft lebt, in der Regel 500,- €.

Dazu können noch Zuschläge u.a. für überdurchschnittlich langen Gewahrsam, schwere gesundheitliche, berufliche oder materielle Folgen der Haft gewährt werden.

Antragsteller, die im Heim leben und nur ein Taschengeld erhalten, gelten grundsätzlich als Unterstützungsbedürftige mit einem geringen Einkommen unter 400,- € Richtwert.

Beim ersten Antrag werden die Leistungen, die sich aus der Regelberechnung ergeben, ungekürzt gewährt, beim zweiten bis dritten Antrag können Zuschläge

entfallen, ab der vierten bis zur siebenten Antragstellung erfolgt eine Kürzung um jeweils 10 Prozent, ab der achten bis zur 15. Antragstellung um 60 Prozent.

Fällt bei selbst von Haft Betroffenen der berechnete Betrag nach einer Kürzung auf unter 1000,- €, wird der Betrag auf 1000,- € heraufgesetzt.

Ab der 16. Antragstellung beträgt der zu gewährende Betrag grundsätzlich nicht mehr als 1000,- €. Liegen zwischen zwei Unterstützungsanträgen mehr als zehn Jahre, gilt der neue Antrag wieder als Erstantrag.

Bei nächsten Angehörigen von aus politischen Gründen zu Tode Gekommenen (siehe oben) erhalten Ehegatten und jeweils ein Elternteil 4050,- €, hinterbliebene Kinder eine Leistung von 3000,- €.

Für hinterbliebene Kinder, die zusätzlich selbst in politischem Gewahrsam waren, erhöht sich der Betrag auf 4050,- €. Bei der ersten bis dritten Bewilligung gibt es diesen Betrag in voller Höhe, bei der vierten Bewilligung erfolgt eine Absenkung um 20 Prozent, bei der vierten bis siebenten jeweils um 10 Prozent, von der achten bis zur 15. Bewilligung um 60 Prozent.

Ab der 16. Antragstellung werden für hinterbliebene Eltern und Ehegatten 1000,- €, für hinterbliebene Kinder 500,- € und für hinterbliebene Kinder, die selbst als politischer Häftling anerkannt sind, 1000,- € gewährt.

Die nächsten Angehörigen von zu Tode Gekommenen erhalten diese Leistungen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation, d.h. die Überprüfung des Einkommens entfällt.

Folgeanträge sollten grundsätzlich erst nach Ablauf von zwölf Monaten nach Zahlungseingang für den vorherigen Antrag gestellt werden, um einer eventuellen Ablehnung entgegenzuwirken.

Nähere Informationen und entsprechende Anträge gibt es unter Tel. (030) 55 49 63 34 in unserer Geschäftsstelle.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratungen

Letzter Gong!

Frist für Antragstellung auf Zwangsarbeiterentschädigung läuft aus

Diejenigen Betroffenen, die bisher noch keinen Antrag auf Zwangsarbeiterentschädigung gestellt haben, sollten dies schnellstmöglich tun, denn am 31. Dezember 2017 läuft die Frist für die Antragstellung ab.

Nach der Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter können all jene, die als Zivilpersonen auf Grund ihrer deutschen Staatszugehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, einen einmaligen Anerkennungsbeitrag in Höhe von 2500 Euro erhalten. Die Leistung wird nur auf schriftlichen Antrag gewährt und erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Auf sie besteht kein Anspruch. Bis zum September 2017 sind bereits ca. 25 000 Anträge gestellt worden. Ein entsprechender Antrag in deutscher Sprache sollte unverzüglich, aber bis spätestens zum 31. Dezember 2017 (Ausschlußfrist) beim Bun-

desverwaltungsamt, Außenstelle Hamm, eingegangen sein. Antragsteller im Ausland können diesen Antrag fristgemäß bei einer deutschen Auslandsvertretung stellen.

Die Leistung nach Maßgabe dieser Richtlinie ist grundsätzlich höchst persönlicher Natur und daher nicht übertragbar. Nur der Berechtigte selbst kann einen Antrag stellen. Verstirbt er nach erfolgter Antragstellung, wird die Zuwendung an den hinterbliebenen Ehegatten oder ein hinterbliebenes Kind ausgezahlt, sofern das Bundesverwaltungsamt darüber informiert wird. Gleiches gilt, wenn der Betroffene nach dem 27.11.2015 verstorben ist und an seiner statt der hinterbliebene Ehegatten oder ein hinterbliebenes Kind den Antrag stellt. Auch in diesen Fällen gilt die Ausschlußfrist, d.h. die Benachrichtigungen oder Anträge müssen am 31. Dezember 2017 beim Bundesverwaltungsamt eingegangen sein. Leistungsvoraussetzung laut Richtlinie

ist, daß die Betroffenen zwischen dem 1.9.1939 und dem 1.4.1956 durch eine ausländische Macht zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden.

Unter Zwangsarbeit im Sinne der Richtlinie ist jede unfreiwillige Arbeit zu verstehen, die unter Androhung von Gewalt, einer Strafe oder eines sonstigen empfindlichen Übels angeordnet wurde. Eine kurzzeitige Arbeit zählt nicht. Antragsberechtigt ist nur, wer als Zivilperson zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde. Zu diesem Kreis können u.U. auch die ehemaligen politischen Häftlinge gehören, die Zwangsarbeit leisten mußten. Zwangsarbeit im Rahmen einer Kriegsgefangenschaft berechtigt nicht zum Erhalt der Leistung.

Weitere Informationen und entsprechende Anträge unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratungen

Beratungsbeginn in Mecklenburg-Vorpommern

„Anerkennung und Hilfe“ für ehemalige Kinder und Jugendliche aus Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR

Die Anlauf- und Beratungsstelle Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ in Schwerin hat am 4. Oktober 2017 mit der Beratungsarbeit begonnen. Die zu Jahresbeginn bei der Landesbeauftragten für MV für die Stasi-Unterlagen in Schwerin für das Bundesland eingerichtete Anlauf- und Beratungsstelle kümmert sich mit nun drei Mitarbeitern um Menschen, die als Kinder und Jugendliche in psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen in der DDR Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch unter den Folgen leiden.

„Die Betroffenen waren unter meist schwierigen materiellen und personellen Bedingungen in baulich völlig ungeeigneten Einrichtungen untergebracht. Statt individueller Förderung ging es um Aufbewahrung und Ruhigstellung. Der vermeintliche Sozialstaat DDR hat hier an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft in eklatanter Weise versagt“, sagte die Leiterin der Anlauf- und Bera-

tungsstelle, die Landesbeauftragte Anne Drescher.

Aufgabe der von Bund, Ländern und Kirchen errichteten Stiftung ist die Anerkennung des diesen Menschen widerfahrenen Unrechts sowie ein finanzieller Ausgleich durch eine pauschale Geldleistung und durch Rentenersatzleistungen, wenn in den Einrichtungen geleistete Arbeit sich für die Betroffenen in der Rente nicht auswirkt.

Das für die Leistungsvereinbarung notwendige Beratungsgespräch werde mit den Betroffenen je nach Wunsch durch eine Beraterin oder einen Berater geführt. „Wir möchten die Belastungen für die Betroffenen möglichst gering halten“, so die Landesbeauftragte Anne Drescher. „Für den behutsamen Umgang mit einer für viele Betroffene schmerzlichen Vergangenheit haben wir hervorragend qualifizierte Mitarbeiter mit speziellen Kenntnissen gewinnen können.“

Betroffene, deren Angehörige oder Betreuer können sich bis zum Meldeschluß 31.12.2019 persönlich, telefonisch oder schriftlich per Brief, Mail oder Fax an die bei der Landesbeauftragten für MV für die Stasi-Unterlagen eingerichtete Anlauf- und Beratungsstelle Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ wenden.

Zuständig ist die Anlauf- und Beratungsstelle in MV für Betroffene mit Wohnsitz oder Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ist die Anlauf- und Beratungsstelle in MV auch für Betroffene zuständig, die von 1949 bis 1975 in Einrichtungen in Westdeutschland untergebracht waren, wenn sie heute in Mecklenburg-Vorpommern wohnen.

Kontakt: Anlauf- und Beratungsstelle, Stiftung „Anerkennung und Hilfe“, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin, Tel. (03 85) 55 15 69 01, Fax: (03 85) 73 40 07, E-Mail: stiftung@lstu.mv-regierung.de, Internet: www.landesbeauftragter.de 

Roß und Reiter müssen benannt werden

Ein Gespräch mit Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen in Mecklenburg-Vorpommern

stacheldraht: Frau Drescher, Ihre Behörde bearbeitet unter anderem die Themen „Heimkinderfond“ und „Kirche und Staat in der DDR“. Das Thema „GULag“ stand in den letzten Jahren besonders im Vordergrund, es gibt die neue Stiftung „Anerkennung und Hilfe“. Täuscht der Eindruck, daß Sie gut zu tun haben?

stacheldraht: Die Behörde der Landesbeauftragten forscht in verschiedenen Bereichen. Es gibt derzeit zwei große Themenkomplexe, das sind einmal die Heimkinder, die Insassen von Jugendwerkhöfen in der DDR und das sind unter anderem auch die Dopinggeschädigten. Wie sehen diese Forschungsprojekte aus?

walder Weg“, das ursprünglich 1998 erschienen ist und jetzt in überarbeiteter Form neu aufgelegt wurde. Diese Publikation, die aus historischer Sicht den Sonderweg der Evangelischen Landeskirche Greifswald in Bezug zum SED-Staat beschreibt, wurde 1998 sehr kontrovers diskutiert. Aus Äußerungen, die Sie gegenüber der Kirchenzeitung in Mecklenburg-Vorpommern 2015 gemacht haben und aus aktuellen Medienveröffentlichungen ist zu entnehmen, daß diese Diskussion bis heute nicht abgeebbt ist. Gerade die ehemalige Evangelische Landeskirche Greifswald, der heutige Pommersche Evangelische Kirchenkreis, hat scheinbar nach wie vor ein großes Problem mit den veröffentlichten Fakten.

Drescher: Am Beispiel dieser Publikation und wie damit umgegangen wird, erleben wir etwas, was wir in vielen Bereichen in der Gesellschaft erleben: Daß heute das Wissen um bestimmte Fakten, um Sachverhalte geringer ist und weniger in den Diskussionen beachtet wird, als es Anfang der 90er Jahre der Fall war. Statt Fakten in den Diskussionen zu bemühen, werden Meinungen ausgetauscht, Gefühligkeiten ausgebreitet, und das schafft so eine merkwürdige Schiefelage. Wenn heute Begriffe unklar, unscharf verwendet werden, dann werden Sachverhalte einfach verharmlost, bagatellisiert, beschönigt. Gerade auch im Bereich der Kirche. Deswegen diese Debatte in der Kirchenzeitung. Die Kirche sollte sich eigentlich massiv an der Aufarbeitung beteiligen und mit dafür sorgen, daß geschaut wird, wie der Kommunismus, wie eine Diktatur eine Gesellschaft verändert. Die Christen in der DDR waren aus allen wichtigen Bereichen der Gesellschaft herausgedrängt. Auf der anderen Seite sind Christen aber die überproportional am stärksten verfolgte Gruppe. Daher ist es mir so wichtig, daß die Kirche hier in die Pflicht genommen wird, sich auch an der Aufarbeitung zu beteiligen.

stacheldraht: Der „Greifswalder Weg“ hieß konkret, daß zum Ende der DDR in der Leitung der Evangelischen Landeskirche Greifswald fünf Inoffizielle Mitarbeiter gespitzelt haben. Kann man sagen, daß der Umgang mit dem „Greifswalder Weg“ in der Öffentlichkeit exemplarisch



Foto: Allura

Anne Drescher: Heute ist das Wissen manchmal geringer als in den 90er Jahren.

Drescher: Absolut nicht. Der Eindruck ist richtig. Wir erleben ja seit 1993, seit Beginn der Arbeit in dieser Behörde, daß sich Menschen sehr vertrauensvoll bei uns melden, weil sie politische Verfolgung erlebt haben. Sie benötigen Unterstützung und Begleitung in Rehabilitierungsverfahren, bei der Klärung ihrer Biographien, bei den Aktenrecherchen. Im

Laufe der Jahre kamen immer wieder auch neue Themen dazu, aber da gibt es keine Frage: Der Bedarf ist nach wie vor sehr hoch.

stacheldraht: Im Tätigkeitsbericht Ihrer Behörde für 2016 ist zu lesen, daß Sie etwas mehr als 1000 Beratungsanfragen von Bürgern bekommen haben. Ist das Interesse an der Akteneinsicht nach wie vor gleichbleibend vorhanden oder hat sich das verändert? Wie ist die Problemlage der betroffenen Menschen, warum wird im Jahr 2017 immer noch ein Antrag auf Akteneinsicht gestellt?

Drescher: Die Zahlen, die wir im Tätigkeitsbericht veröffentlicht haben, betreffen nicht nur Antragsteller auf Akteneinsicht. Diese Zahlen geben an, wie viele Frauen und Männer sich bei uns gemeldet haben, die mit uns über bestimmte Bereiche ihres Lebens sprechen möchten. Die Frage nach Akteneinsicht ist mitunter die Einstiegsfrage, um erst mal zu schauen, bei wem sind sie hier, wie wird ihr Thema aufgenommen. Diese Themen sind sehr vielfältig. Die Frage nach der Akteneinsicht ist hier häufig ein Anknüpfungspunkt, um ihre Geschichte vortragen zu können.

Drescher: Die Arbeit unserer Behörde beruht auf drei großen Schwerpunkten. Das sind die Beratung, die regionale Forschung und die politische Bildung. Menschen kommen zu uns mit verschiedenen Fragen zu dem Erlebten, zu dem, was sie an politischer Verfolgung in der DDR durchmachen mußten. Wir begleiten sie dann bei den Recherchen und in den Rehabilitierungsverfahren. Wir wissen aber mitunter recht wenig zu den Hintergründen in diesen Themenbereichen. Dann haben wir die Möglichkeit, regional zu forschen. Das ist sehr wichtig, einfach um auch selbst eine Arbeitsgrundlage zu haben. Das war z.B. der Grund, warum wir uns mit dem Thema Heimkinder besonders beschäftigt haben. Als 2012 der Fond für ehemalige Heimkinder geschaffen wurde, sind wir gebeten worden, diese Anlauf- und Beratungsstelle innerhalb unserer Behörde aufzubauen. Wir haben Forschungsprojekte zu verschiedenen Bereichen der Heimkinderthematik und hierzu inzwischen mehrere Publikationen herausgegeben. Das gleiche gilt für das Thema „Doping“. Es haben sich bei uns bereits seit den 90er Jahren Frauen und Männer gemeldet, die als Kinder und Jugendliche die DDR-Dopingpraxis erlebt haben, die davon berichteten und auch von den Folgen, unter denen sie heute leiden. Da war es insofern folgerichtig, daß der Landtag im vergangenen Jahr beschlossen hat, daß wir auch für diese Betroffenengruppe Beratung anbieten. Es geht um Kinder und Jugendliche, die im Rahmen eines Staatsplans Medikamente bekommen haben, um ihre sportlichen Leistungen zu steigern. Das hat bei den Betroffenen teilweise zu schweren gesundheitlichen Schäden geführt. Um die geht es uns. Derzeit recherchieren wir, um mehr über die DDR-Dopingpraxis zu erfahren und effektiver helfen zu können.

stacheldraht: Es gab Anfang des Jahres eine Neuauflage des Buches „Der Greifswalder Weg“.

ist für den Umgang insgesamt mit der Stasi-Thematik? Ist eine wirkliche Aufarbeitung, also auch eine Auseinandersetzung mit Schuld und mit Tätern, schon im ausreichenden Maße erfolgt?

Drescher: Wenn wir in die Forschungslandschaft blicken, muß man sagen, daß die DDR das am besten erforschte Themengebiet ist. Schwierig wird es, wenn wir fragen: Wie weit ist das in der Öffentlichkeit als Faktenwissen bekannt? Uns ist es ganz wichtig, daß die auf dem Tisch liegenden Fakten auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Ansonsten laufen die Debatten ins Leere. Um sich ein Urteil bilden zu können, muß man die Hintergründe und klare Begrifflichkeiten kennen. Hier sind mehr als nur Meinungen gefragt. Eine regionale oder auch überregionale Forschung macht vor allem dann Sinn, wenn diese Erkenntnisse auch öffentlich dargestellt werden können. Wenn beispielsweise in der Schule anhand von ganz konkreten Biographien über die DDR geredet wird. Es ist wichtig zu wissen, was bedeutet eine IM-Tätigkeit, was bedeutet konspirative Arbeit, was für Aufgaben hatte das Ministerium für Staatssicherheit und was verstehen wir unter einem Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat. Wir benötigen eine aufgeklärte Gesellschaft, um kenntnisreich subjektiven Bewertungen und Verharmlosungen entgegenreten zu können. Hier haben wir noch einen langen Weg vor uns.

stacheldraht: Sie sprechen da zwei Aspekte an. Zunächst der Bildungsaspekt. Ihre Behörde ist unter anderem auch an Schulen tätig und betreibt Fortbildungsprojekte für Lehrer. Wie gestaltet sich das?

Drescher: Das ist ein Bereich, den wir von Beginn an als einen wichtigen Auftrag gesehen haben. Wir haben z.B. zwei Projekte gegründet. Zum einen „DDR im Schulunterricht“. An allen Schulen im Land wurden Flyer verteilt, in denen verschiedene Themen aufgelistet waren. Die Lehrer konnten auswählen, je nachdem, in welchem Bereich sie für ihren Unterricht Unterstützung benötigen. Dieses Projekt sollte dazu beitragen, Wissen über die DDR in den Schulen zu verankern. Kein Schüler sollte in Mecklenburg-Vorpommern die allgemeinbildende Schule verlassen, ohne etwas über DDR-Geschichte gelernt zu haben. Das zweite Projekt ist unser Bildungsbus „Demokratie auf Achse“, für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig. Es ist ein gemeinsames Projekt mit der



Anne Drescher bei einer Gedenkveranstaltung in Penzlin 2017.

Landeszentrale für politische Bildung, mit dem wir im ganzen Land unterwegs sind und die Bildungsangebote direkt an die Schulen bringen.

stacheldraht: Der zweite Aspekt ist die Darstellung der DDR-Geschichte in den Medien in Mecklenburg-Vorpommern. Da passiert einerseits von Seiten der Aufarbeitungsbehörden sehr viel, was die historische Forschung angeht. Schaut man dann allerdings in die regionalen Zeitungen, ist immer wieder viel Verklärung der DDR festzustellen. Wie könnte es besser laufen mit der Darstellung der historischen Fakten?

Drescher: Also ich würde da nicht pauschal in diese Schelte gegen die Medien einstimmen. Wir haben gute Begleitung durch sehr an unserer Arbeit interessierte Journalisten. Wir haben bei Projekten oder Veranstaltungen oft Medienpartnerschaften, beispielsweise mit dem NDR. Im regionalen Teil des NDR hier im Land, im „Nordmagazin“, wird häufig über unsere Themen berichtet. Was mir eher Sorgen macht, ist die Art und Weise der Debatten in den Leserbriefen im Anschluß an diese Beiträge. Man erlebt dann sehr gefühlige Äußerungen, es werden Meinungen und zum großen Teil sehr festgefahrene Meinungen von Menschen geäußert, die Tatsachen und belegte Erkenntnisse einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Das macht einen dann schon ärgerlich.

stacheldraht: Leider ist immer wieder auch zu erleben, daß häufig in alte

Denkmuster verfallen wird, daß bei Tätern und Protagonisten von damals eine Stasi-Mitarbeit verschwiegen wird. Der öffentliche Diskurs über die Ergebnisse der historischen Forschung findet in den Medien teilweise nicht im ausreichenden Maße statt.

Drescher: Ich habe ein Problem damit, wenn bestimmte Bereiche in einer Biographie ausgeblendet werden. Die Überlegung, 28 Jahre nach der friedlichen Revolution sei das nicht mehr relevant, ist falsch. Diejenigen, die politische Verfolgung erlebt haben, die wissen doch, wer mit an den Schalthebeln saß. Und sie leiden häufig noch heute unter den Auswirkungen der politischen Verfolgung. Wenn sie jetzt eine öffentliche Ehrung der Täter erleben oder eine würdevolle Verabschiedung aus dem Arbeitsleben und dann wird dieser besondere Aspekt der Nähe zur Macht, der Mitarbeit bei der Staatssicherheit, ausgeklammert, dann halte ich das für eine falsche Rücksichtnahme. Da waren wir in den 90er Jahren teilweise deutlicher und wir haben auch deutlichere Formulierungen in den Medien erlebt. Daß da inzwischen vorsichtiger agiert wird, hängt vielleicht auch mit entsprechenden Gerichtsurteilen zusammen. Aber ich halte es nach wie vor für wichtig, diese Strukturen offenzulegen. Roß und Reiter müssen benannt werden.

stacheldraht: Frau Drescher, vielen Dank für das Interview.

(Das Interview führte Jörg Plath.)

Stasimuseum – Deutsches Spionagemuseum – Bletchley-Park

Drei Geheimdienst-Museen, die man besucht haben sollte

Während das Stasimuseum und das Deutsche Spionagemuseum in Berlin ansässig sind, befindet sich Bletchley-Park in England.

Wer einen Eindruck davon gewinnen will, wie die Geheimpolizei des SED-Staates, auch bekannt als Stasi, gearbeitet hat, dem sei ein Besuch des Berliner Stasimuseums empfohlen. In Haus 1 der ehemaligen Zentrale in Berlin-Lichtenberg kann man Interessantes über Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit erfahren. Als besonders beeindruckend empfinden viele Besucher die Banalität der Räumlichkeiten, zum Beispiel des Dienstraumes des Ministers Mielke. Ein Gefangenentransporter lädt zum Nachdenken darüber ein, wie mit Gegnern des Regimes

Trabbi-Tür (PKW Trabant) oder Abhöreinrichtungen („Wanzen“). Das Stasimuseum enthält eine Ausstellung über geheimdienstliche und speziell geheimpolizeiliche Arbeit der DDR. Spionage spielt hier eine nur untergeordnete Rolle. Die geheimdienstliche Arbeit des MfS hatte mehrere Komponenten, nur eine davon war die Spionage. Politische Einflußnahme („aktive Maßnahmen“ genannte Desinformationen), Beschaffung von Technik, die Embargobestimmungen unterlag, und vor allem die polizeiliche Arbeit gegen die der SED ausgelieferten Menschen zeigen ein breites Spektrum.

Stasimuseum Berlin, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin-Lichtenberg, www.stasimuseum.de

keitsgrad dieses Hindernisses kann jeder „Spion“ selbst bestimmen. Wem das zu aufregend ist, der kann einen Raum besuchen, in dem er mit Hilfe eines Körperscanners mehr oder weniger kunstvolle Bewegungsmuster fabrizieren kann.

Das Deutsche Spionagemuseum enthält gewissermaßen drei Ebenen: Kinder, Normalbesucher und Experten. Für Normalbesucher werden vor allem die Waffen (z.B. Lippenstiftpistole) und die geheimdienstlichen Kommunikationsgeräte (z.B. ein Infrarot-Lichtsprechgerät oder Katzen als wandernde „Wanzen“) von großem Interesse sein. Für Experten interessant ist ein Interview mit dem Autor der sogenannten Toxdat-Studie zum Thema „Gift und Geheimdienstarbeit“. Die öffentlich bekannten Fälle Welsch, Litwinenko, Barschel und Markov werden in diesen Zusammenhang gestellt. Agentenausbildung und –kommunikation im Zweiten Weltkrieg werden per Video von Rudolf Staritz, einem noch heute lebenden Zeitzeugen, geschildert.



Die berühmte Enigma.

Wenn man sich speziell für Spionage und insbesondere das Ver- und Entschlüsseln von Nachrichten interessiert, dann sind das Deutsche Spionagemuseum (ehemals Spy-Museum Berlin) und das Museum von Bletchley-Park durchaus eine Reise wert. Zunächst soll das für Deutsche leichter erreichbare Deutsche Spionagemuseum ins Bild gesetzt werden. Es befindet sich mitten in Berlin, am Leipziger Platz und zeigt die Geschichte der Spionage früher und heu-

Natürlich endet der Besuch im Museum im Souvenirshop. Sollte man nun noch Geld übrig haben, so kann man sich in dem kleinen Restaurant im Haus für weitere Besichtigungen stärken.

Deutsches Spionagemuseum, Leipziger Platz 9, 10117 Berlin-Mitte <https://www.deutsches-spionagemuseum.de>

Der Bletchley-Park befindet sich nördlich von London und ist per Bus oder Bahn (von Bahnstation London Euston aus) gut zu erreichen. Allerdings muß man, wenn man im Zentrum Londons seine Unterkunft gebucht hat, doch reichlich Zeit für die Fahrt einplanen. Der Park – und es ist wirklich eine Parkanlage – war im Zweiten Weltkrieg das am besten gehütete Areal der Dechiffrierer. In etlichen Baracken kann man sehr viele Exponate bewundern, die zum Dechiffrieren benutzt wurden. Das Herzstück bildet eine nachgebaute und funktionstüchtige „Turing Bombe“. Zweimal täglich kann man hier einem halbstündigen Vortrag über ihre Funktionsweise beiwohnen. Kostenlose Audio-Guides leiten einen durch den Park, das prächtige Wohnhaus des Kommandanten und die Baracken, in denen man sich vielfältig über Ver- und Entschlüsselung informieren, aber auch an interaktiven Bildschirmen ausprobieren kann. Außerdem werden die maßgeblichen Wissenschaftler vorgestellt und die vielen ehemaligen Mitarbeiter, von denen übrigens ein großer Teil Frauen war.

umgegangen worden ist, welches Menschenbild in dieser Behörde allgegenwärtig war. Feinde galt es aufzuspüren und zu hassen. „Wer ist wer“ – die Stasi wollte möglichst viel über möglichst viele Menschen wissen, denn das Mißtrauen war Arbeitsprinzip; nicht zuletzt gegenüber den eigenen Mitläufern.

Wie mit politischen Gefangenen verfahren worden ist, kann man im übrigen in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, vormals eines der 17 Untersuchungsgefängnisse der Geheimpolizei, nachempfinden. Zwischen beiden Einrichtungen besteht dementsprechend eine enge Kooperation.

Wer das Stasi-Museum besucht, kann auch einige technische Exponate besichtigen, wie zum Beispiel eine ganz spezielle

te. Nicht nur die interaktiven Bildschirme liefern Informationen, die zum Teil durch Zeitzeugen belegt werden, sondern viele technische Exponate machen anschaulich deutlich, mit welchen Mitteln Informationen beschafft und weitergeleitet wurden. Wer denn glaubt, daß sein Paßwort für E-Mail, Online-Banking und dergleichen sicher ist, kann es in einen Computer eingeben, der einem in kürzester Zeit sagt, wie sicher das Paßwort tatsächlich ist bzw. in wie viel Sekunden es geknackt werden kann. Weiterhin besteht die Möglichkeit, sich über bekannt gewordene Spione zu informieren. Hier seien nur die Namen Mata Hari und Klaus Fuchs genannt. Auch kann man seine eigenen Fähigkeiten testen, als Spion zu agieren, indem man versucht, durch einen mit Laserstrahlen abgesicherten Raum zu gelangen. Den Schwierig-

Erst im Jahre 1974 wurde durch das Buch eines ehemaligen englischen Geheimdienstoffiziers bekannt, daß der Enigma-Code in vielen Fällen gebrochen werden konnte. Viele britische und amerikanische Seeleute dürften diesem Erfolg ihr Überleben im Krieg verdanken haben. Eine nachgebaute deutsche Funkstation läßt einen Blick auf den damaligen militärischen Gegner zu. Interessant wäre es, wenn dementsprechend neben den britischen (Alan Turing) und polnischen (Marian Rejewski) Mathematiker-Biographien auch deutsche, etwa des Zahlentheoretikers Hans Rohrbach, vermerkt wären. Bletchley-Park hatte wesentlich dazu beigetragen, den Krieg in Europa zu verkürzen. Die deutsche U-Boot-Waffe wurde durch die Entschlüsselung erheblich darin gehindert, die amerikanischen Geleitzüge nach Murmansk, also zur Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte, zu torpedieren. In der Ausstellung gibt es viel zu bestaunen, viel zu lesen und zu besichtigen.

Braucht man zwischen durch eine Pause, benutzt man bei schönem Wetter im Park die Sitzbänke oder Liegestühle. Ein Spielplatz für die Kleinen ist ebenfalls vorhanden, sodaß man den Besuch im Bletchley-Park auch als Familienausflug planen kann. Für diese Gruppe und für Lehrer mit Schülern gibt es übrigens spezielle Angebote. Natürlich fehlen auch nicht die Restaurantbereiche und der Souvenirshop. Letzterer hat ein großes und vielfältiges Angebot von (englischsprachiger) Kryptoliteratur. Eine große Tasche und ein nicht zu kleiner Geldbeutel sei dem an dieser Literatur Interessierten empfohlen.

The Manson, Bletchley Park,
Sherwood Dr, Bletchley, Milton Keynes
MK 3, GEB, United Kingdom,
<https://www.bletchleypark.org.uk/>



Fotos Deutsches Spionagemuseum Berlin

Am Spionageatlas.

Wie schon angedeutet, lohnt sich der Besuch aller drei Museen sowohl für den interessierten Laien als auch für die ehemalige Bletchley-Park-Mitarbeiterin. Für Bletchley-Park sollte man allerdings mindestens einen ganzen Tag einplanen.

Iris und Bernd Lippmann

Lauschangriff im Zuchthaus Waldheim

Die rasante Entwicklung der Mikroelektronik machte es in den 70er Jahren möglich, immer kleinere und effektivere Abhörgeräte herzustellen. Das Ministerium für Staatssicherheit besaß Geräte aus aller Herren Länder, die es auf ihre Brauchbarkeit testete und auch einsetzte.

Aber auch die Deutsche Volkspolizei und der Strafvollzug erhielten diese Technik. Auf der Abbildung ist ein Gerät zu sehen, wie es in der Strafvollzugseinrichtung Waldheim (StVE Waldheim) zum Einsatz kam. Die Bezeichnung dafür lautete Elektronischer Schallverstärker. Er bestand aus einem hochempfindlichen Körperschallmikrofon und einem Verstärker mit Kopfhörer. Die Stromversorgung erfolgte über zwei Batterien. Hinweise auf den Hersteller des Geräts sind nicht zu finden. Diese Geräte waren sehr preisgünstig und konnten problemlos in großen Mengen produziert werden.

Das Mikrofon war mit einem Magneten versehen und konnte ganz einfach an den Metallteilen der Zellentür befestigt werden. Eine weitere Möglichkeit war das Einschlagen eines 40 mm langen Metallstiftes in das Mauerwerk, an dem die Magnethalterung des Mikrofons befestigt war. Auch ein Klebestreifen genügte. Der Leiter der StVE Waldheim erließ am 15. Dezember 1986 eine Anweisung, die den Einsatz des Elektronischen Schallverstär-

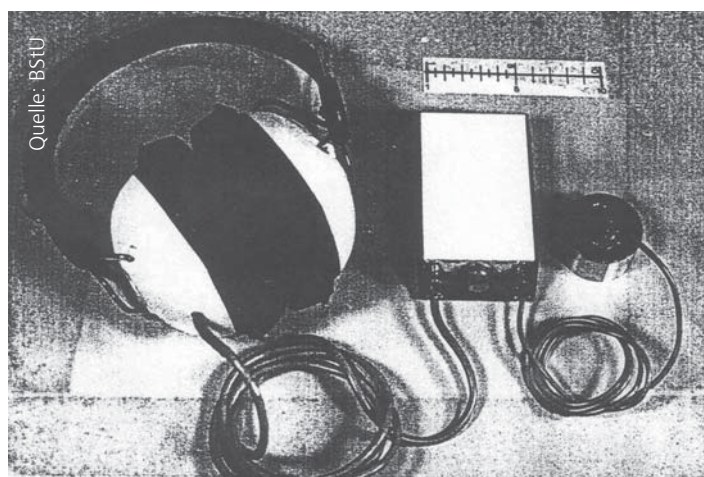
kers regelte. Eine Verwendung war nur in der StVE Waldheim zulässig, in Räumen, in denen sich Verhaftete oder Strafgefangene befanden. Für jedes Gerät gab es eine Nachweiskarte. Die Herausgabe erfolgte über einen Mitarbeiter des Strafvollzugs gegen Unterschrift. Aufbewahrt wurden die Geräte in einem verschlossenen Schrank. Eine Dauerüberwachung einzelner Zellen sollte nicht erfolgen. Es gab 20 Wachtmeister, die einen Elektronischen Lauschverstärker besaßen oder einsetzen konnten.

Größten Wert legte man auf die Geheimhaltung dieser Technik. Kein Strafgefangener durfte den Einsatz bemerken. Und so konnte sie vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden eingesetzt werden, nach dem sogenannten Einschluß. Ebenso bei der „Horchkontrolle“, den allgemeinen Sicherungsaufgaben jeder Haftanstalt. Aber man konnte auch Häftlinge ausspähen bei politischen Diskussionen, worüber sie nach einer Vernehmung mit den anderen Häftlingen sprachen, ihre psychische Verfassung sowie die Reaktion auf Mißhandlungen und Provokationen durch

das Wachpersonal. Das war besonders für Stasi-Ermittler sehr wichtig.

Die Geräte erhielt die StVE Waldheim von der übergeordneten Dienststelle in Leipzig. Dort war auch die Reparaturwerkstatt für defekte Geräte. Die Mitarbeiter des MfS, Abteilung 26, besaßen ebenfalls Elektronische Schallverstärker und waren mit deren Leistung unzufrieden. Ein im Nachbarraum aufgestelltes hochempfindliches Raummikrofon lieferte bessere Ergebnisse. Nachträglich können wir uns darüber freuen, daß das Wachpersonal vieles also doch nicht hören konnte.

Klaus Habenicht



Quelle: BStU

Auch im Strafvollzug wurde abgehört.

Abgeholt und vermißt?

Dokumentationsstelle Dresden gibt Auskunft über deutsche Opfer sowjetischer Verfolgung

Hunderttausende Deutsche wurden während des Zweiten Weltkrieges oder danach von sowjetischen gerichtlichen und außergerichtlichen Organen verfolgt, viele von ihnen zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt. Die Dokumentationsstelle Dresden, seit 1999 eine Arbeitsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, verfügt über umfangreiche personenbezogene Unterlagen zu diesen Opfern kommunistischer Verfolgung. Den Schwerpunkt bilden Unterlagen zu deutschen Zivilisten und Soldaten, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt wurden sowie Informationen zu Internierten in sowjetischen Speziallagern. Die in den vergangenen rund 20 Jahren zusammengetragenen Informationen basieren auf den Registraturunterlagen sowjetischer Lager, auf Suchanfragen von Angehörigen und auf Einsichtnahmen in Strafakten.

Aus diesen Beständen erteilt die Dokumentationsstelle auf Antrag jährlich zwischen 600 und 1000 Auskünfte zu Opfern politischer Repressionen, in erster Linie an Betroffene und Angehörige. Auskünfte erhalten aber auch öffentliche Stellen (zum Beispiel Vermögensämter), Medien, Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Wissenschaftler und Heimatforscher. Die Dokumentationsstelle hält sich dabei streng an die Bestimmungen des Sächsischen Datenschutzgesetzes.

Die größten Erfolgschancen auf inhaltliche Auskünfte bestehen derzeit für die mehr als 70 000 Verurteilten sowjetischer Militärtribunale, mehr als die Hälfte davon deutsche Soldaten. Auch zu den nicht verurteilten Gefangenen der sowjetischen Speziallager, den sogenannten Internierten, liegen in der Regel Informationen vor. Leider kommt für die ohne Urteil in NKWD-Speziallagern internierten Deutschen das Gesetz der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen nicht zur Anwendung, so daß diese nach wie vor nicht rehabilitiert werden. Außerdem gibt es nach wie vor keinen Zugang zu den Verhörprotokollen bzw. den in der Untersuchungshaft in den sogenannten GPU-Kellern angelegten Unterlagen. Das nach wie vor größte Desiderat stellen die zwischen Ende 1944 und Mitte 1945 zur Zwangsarbeit „mobilisierten“ 200 000 bis 300 000 Zivilinternierten, darunter Frauen und Kinder, dar. Zu ihnen gibt es leider kaum Informationen.

Im Falle negativer Recherchebemühungen gibt die Dokumentationsstelle Empfehlungen, an wen sich der Antragsteller noch wenden kann. In Ausnahmefällen wendet sich die Dokumentationsstelle auch selbst direkt an die bekannten russischen Archive. Positive Erfahrungen liegen bei Anfragen an das Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) vor, schwieriger ist es bei den Archiven von Militär und Innenministerium.

Der Antrag auf personenbezogene Auskünfte kann auf der Website <https://www.dokst.de/main/recherche/antrag-auf-auskunft-zu-personen> gestellt werden. Das Formular wird aber selbstverständlich auch per Post, E-Mail oder Fax zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus hat das Auswärtige Amt dem Freistaat Sachsen – und dieser der Dokumentationsstelle Dresden – die Aufgabe der Betreuung von Personen übertragen, die eine Rehabilitierung auf Grundlage des oben genannten Gesetzes der Russischen Föderation anstreben. Dies umfaßt insbesondere die Beratung und Betreuung von Antragstellern, die Bereitstellung von Informationen über das Verfahren, die Entgegennahme, Übersetzung und Weiterleitung von Anträgen, die Entgegennahme, Übersetzung und Rück-

sendung der Bescheide sowie Auskünfte an amtliche Stellen. Pro Jahr werden etwa 150 bis 200 Anträge im Rahmen dieses Verfahrens bearbeitet. Auf der Website <https://www.dokst.de/main/content/auskuenfte/deutsche-buerger/verurteilte/verurteilte-deutsche> kann in einer Online-Datenbank nach verurteilten deutschen Bürgern recherchiert werden, die nach 1991 rehabilitiert worden sind.

Mit der Rehabilitierung haben Betroffene oder deren Angehörige das Recht, Einsicht in die Akten im Moskauer Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) zu beantragen und sie dort selbst einzusehen. Mit einer notariell beglaubigten Vollmacht sowie einem lückenlosen Nachweis der Verwandtschaft des Antragstellers mit dem oder der Verurteilten kann die Akte auch durch Mitarbeiter der Dokumentationsstelle eingesehen werden. Hieraus ergeben sich in der Regel weiterführende Erkenntnisse über die Hintergründe von Verhaftung und Verurteilung.

Die Dokumentationsstelle Dresden in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird aus Mitteln des Freistaates Sachsen finanziert, die Aufgabenerfüllung im Bereich Rehabilitierung durch das Auswärtige Amt. Insgesamt sind zwei Mitarbeiter der Stiftung in der Dokumentationsstelle beschäftigt.

Das Interesse an Auskünften ist ungebrochen und hat sich von den Kindern auf die Enkel der Betroffenen „vererbt“. Von der Dankbarkeit der meisten Menschen, die bei der Dokumentationsstelle um Auskunft zum Schicksal ihrer Angehörigen bitten, zeugen sowohl zahlreiche persönliche Rückmeldungen als auch umfangreiche Spenden, die für die weitere Arbeit eingesetzt werden.

Dr. Bert Pampel, Leiter der
Dokumentationsstelle Dresden

Kontakt:

Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dokumentationsstelle Dresden, Dülferstraße 1, 01069 Dresden, Telefon Durchwahl: (03 51) 4 69 55 47, Telefax: (03 51) 4 69 55 41, E-Mail auskunft.dokstelle@stsg.de, Internet www.dokst.de

*Keine Festung ist so stark,
daß Geld sie nicht einnehmen kann.*
Cicero

Wer keine Festung braucht, schließt ein Stacheldraht-Abo ab.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

...und alle Fragen offen

(st) Am 9. September fand der jährliche Kongreß der UOKG unter dem Titel „Kleine Brötchen oder großer Wurf? Wo stehen wir in der Aufarbeitung von SED-Unrecht?“ in der Gedenkstätte Berliner Mauer statt. Die Sicht der Bundesstiftung Aufarbeitung trug ihr stellvertretender Geschäftsführer, Dr. Robert Grünbaum, vor. Die Beschäftigung mit dem Thema DDR lasse zwar bei Medien und politischer Bildung nicht nach, die Forschung aber sei rückläufig, was sich über die Lehrerausbildung auch bald auf die Schüler auswirken werde. Jeder Schüler müsse sich damit befassen und eine Meinung bilden. „Das ist Demokratiebildung im besten Sinne.“

Maria Bering von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) diagnostizierte eine katastrophale Wissenslücke bei den Schülern, deshalb komme es besonders darauf an, diese Gruppe zu bilden und zu informieren. Als gelungenes Beispiel nannte sie das koordinierte Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte Hohenschönhausen, das vom BKM gefördert wird, ebenso wie die Gedenkstätte Berliner Mauer. Gefördert worden seien ebenfalls die Forschungsarbeiten über Tote an der Mauer und der innerdeutschen Grenze. Ihre Institution werde auch in der kommenden Legislaturperiode einen „Schlußstrich“ weder zulassen noch akzeptieren.

Weißer Flecken in der DDR-Forschung benannte Dr. Christian Sachse (UOKG). Als Mangel verzeichneten besonders die Beratungsstellen das häufige Fehlen von Nachweisen und objektiven Belegen für traumatische Erfahrungen. Es gebe kaum übergreifende Handbücher, z.B. der Gefängnisse in der DDR und auch der Heime. Ebenso gebe es keine systematische Zusammenstellung der Opfergruppen sowie Rechtssammlungen einschließlich Verordnungen und Durchführungsbestimmungen. Sachse sprach sich für die Stärkung regionaler Forschung aus und lobte den neu aufgelegten Forschungsfonds des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Roland Jahn, BStU, forderte die Entfristung der Rehabilitierungen und die Verlängerung der Überprüfung im öffentlichen Dienst über 2019 hinaus, ebenso ein modernes Stasiunterlagen-Archiv nach dem Motto: Neues schaffen, um den Kern des Alten zu bewahren. Dies müsse als großer Wurf gelingen. Er bemängelte,

daß es in Berlin kein Zentrum gebe, um in einer Gesamtschau über DDR-Diktatur zu informieren.

Offene Fragen der Aufarbeitung aus den Verbänden umrissen kurz Sibylle Dreher mit der Lage der zwangsdeportierten Frauen, Inge Bennewitz mit der Lage der an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten, Manfred Graf von Schwerin mit den Defiziten des Einigungsvertrages hinsichtlich des Eigentums und Roland Herrmann mit dem rechtswidrigen Charakter der Zwangseinweisungen in das Durchgangslager Bad Freienwalde.

Weiteren offenen Fragen der Aufarbeitung widmete sich als nächster RA Dr. Johannes Wasmuth, der gemeinsam mit der UOKG ein sogenanntes Artikelgesetz erarbeitet hatte. Dazu gehören u.a. die Ungleichbehandlung durch Strafrechtliches und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz, das Verfolgungsunrecht bei der Vertreibung der Zwangsausgesiedelten, die fehlenden Folgewirkungen für Zwangsadoptierte und die Rehabilitierung Verfolgter Schüler und Studenten ohne Rechtsfolgen. Außerdem werden gefordert u.a. höhere Beträge bei der Opferrente, Fristaufhebung bei Rehabilitierungsanträgen, Erweiterung des Antragsrechtes vor Gericht, Beweislastumkehr sowie Beschleunigung der Verfahren.

Birgit Neumann-Becker, LStU von Sachsen-Anhalt, versuchte die Frage zu beantworten, was nun, nach dem Fonds für Heimkinder, kommen müsse. Dies sei zunächst die Einsicht: „Gewalterfahrung läßt sich nicht harmonisieren.“ Aber die Selbstbestimmung der Betroffenen müsse gestärkt werden. Weiter nannte sie u.a. die Anerkennung der Insassinnen Geschlossener venerologischer Stationen als Verfolgungsoffer, ein Verzeichnis der Grenztoten in Sachsen-Anhalt und die Aufarbeitung von Tötungsdelikten im Zusammenhang mit Rechtsextremismus in der DDR.

Eveline Humm von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn sprach dann zur Zukunft der Häftlingshilfestif-

tung. Auch nach der Abschlußzahlung gebe es nach Auffassung der Stiftung künftig für Unterstützungsleistungen einen großen Bedarf. Deshalb sei der Fortbestand der Stiftung wichtig. Zur Zeit wäre ihre Zukunft jedoch ungewiß.

Politiker aller im Bundestag vertretender Fraktionen waren für den letzten Programmpunkt eingeladen. SPD, Grüne und Linke hatten jedoch die Einladung mit



(v.l.) Kai Wegner, Christian Booß und die Abwesenden.

„Keine Zeit“ beantwortet. So saß nur Kai Wegner MdB, ehemaliger Generalsekretär der Berliner CDU, mit Moderator Dr. Christian Booß auf dem Podium. Um keinen Dialog daraus zu machen, waren anstelle der fehlenden Politiker große Bilder aufgestellt, hinter denen Sprecher die schriftlichen Äußerungen der Parteien verlasen. Während CDU, SPD und Grüne ein Mahnmal unterstützen, sieht die Linke dafür keinen Bedarf. Die Streichung der Bedürftigkeit bei der Opferrente lehnt die SPD ab, die Linke ist dafür, die Grünen wollen sie nicht ignorieren, während die CDU daran festhalten möchte, Kai Wegner dagegen sich persönlich für die Abschaffung einsetzen will. Der Beibehaltung der 180-Tage-Regelung stimmt die SPD zu, Grüne und Linke sind dagegen, die CDU will sich Einzelfälle ansehen und vielleicht auf anderem Wege helfen. Bei den medizinischen Gutachten und Beweisen will sich die SPD für mündliche Anhörung und bessere Gutachten einsetzen, die Linken im Zweifel für den Antragsteller entscheiden, die Grünen Gutachter und Experten weiterbilden und die CDU Beweislastumkehr bzw. Erleichterungen prüfen. – Eine Podiumsdiskussion der besonderen Art, bei der immerhin die „Ersatzpolitiker“ für Freude im Publikum sorgen.

Fluchtversuch wegen Medikamentenmangel

Zeitzeugengespräch mit Petra Weise in Hoheneck

Petra Weise erzählte „ihre“ Geschichte zu Hoheneck am 15. Oktober in der Gedenkstätte Hoheneck. Sie berichtete den 90 Besuchern von ihren Beweggründen des Fluchtversuchs, ihrer Haft im zentra-

len Frauengefängnis der DDR Hoheneck, dem Häftlingsfreikauf mit Neuanfang in der Bundesrepublik. Wegen dringend benötigter Medikamente für ihr schwerkrankes Kind, welche die junge Familie in der DDR nicht erhielten, unternahm Petra Weise mit ihrer Familie einen Fluchtversuch in die Bundesrepublik, der jedoch scheiterte. Es folgte Haft für die Eltern, die Kinder kamen zu den Großeltern.

Im Hohenecker Gefängnis, so die Zeitzeugin, habe sie von Montag bis Samstag arbeiten müssen und sonntags andere Aufgaben zugeteilt bekommen. An die Arbeit im Dreischichtsystem habe sie sich erst gewöhnen müssen. Hinsichtlich der Verpflegung assoziiere Petra Weise die Hohenecker Haft mit dem Geruch von

teils verfaulten Kartoffeln, den sie dort wahrnahm. Sehr eindrücklich ahmte sie nach, in welcher Art und Weise eine Vollzugsangestellte einen Brief ihres Mannes vorlas.

Dem Zeitzeugenbericht folgte eine Frageunde. Wer die Verantwortung für die Geschehnisse im Frauengefängnis Hoheneck zu tragen habe oder wie die erste Zeit für die Familie von Petra Weise in der Bundesrepublik gewesen sei, lauteten einige Fragen. Die ehemalige Freiburgerin antwortete darauf. Eine Bewertung der Hafterlebnisse vorzunehmen, schlug sie allerdings aus, das überließe sie den Zuhörern.

Eva Werner



Petra Weise als Zeitzeugin in Hoheneck.

Erinnerung nicht vom Alter abhängig

An das Leid und den Tod der Männer, Frauen und Jugendlichen, die zwischen 1945 und 1949 im Sowjetischen Speziallager Nr. 6 in Jamlitz inhaftiert waren, erinnerte die Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V. am 9. September dieses Jahres auf dem Waldfriedhof in Jamlitz. Die Vorsitzende der Initiativegruppe, Michaela Kossatz-Reinke, konnte zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Verwaltung begrüßen. Der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, Stephan Loge, sprach ein Grußwort.

Die Gedenkansprache hielt der Vorsitzende des Bautzen-Komitees, Alexander Latotzky. Er widmete seinen Vortrag den in den Speziallagern geborenen Kindern. Wie viele dies gewesen sind, lasse sich bisher nicht genau sagen, er selbst habe aber bereits über 1000 ausfindig gemacht. Die Haftbedingungen seien erbärmlich gewesen, zeitweise gab es für fünf Kinder eine Flasche Milch pro Tag, und dies auch nur von montags bis freitags. Menschen, die nach den Speziallagern noch in einen Gulag verschleppt wurden, hätten die Bedingungen

dort sogar als sehr viel besser empfunden. Die 10. Klasse des Max-Steenbeck-Gymnasiums in Cottbus bereicherte die Veranstaltung mit ihrem Projektbericht, auch weil sie deutlich machte, daß Erinnerung nicht vom Alter und eigenen Erleben abhängig ist. Der Bläserchor Lieberose und die Liedertafel Lübben beeindruckten mit ihren Einlagen die Veranstaltung. Wer den Gefangenen-Chor von Verdi bisher nur in Italienisch kannte, konnte ihn hier auch auf Deutsch hören, und beim Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ blieben nicht viele Augen trocken.

Wolfgang-Christian Fuchs

Der 3. Oktober – nur ein freier Tag?

Für die Klasse 10d der Gemeinschaftsschule Kiel-Hassee ist diese Frage mit „nein“ zu beantworten. Im Fach Alltags-

wissen beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler zur Zeit mit den „dunklen Seiten der DDR“. Dazu haben sie sich verschiedene Themen gewählt, u.a. den Jugendwerkhof Torgau, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das Frauengefängnis Hoheneck und politisch motivierten Kindesentzug.

Im Rahmen dieser Thematik sind Luca Janicki und Jaquiline Osei mit ihrer Lehrerin nach Berlin gefahren, um ein Zeitzeugeninterview durchzuführen. Gerdi und Bernd Sobe aus Dresden wurden 1980 von der Stasi verhaftet, weil sie einen Ausreisearbeit in den Westen gestellt hatten. Viele Monate lang wußten sie

nicht, wo ihre 10jährige Tochter Doreen abgeblieben war. Doreen Sobe war später Schülerin des Ebert-Gymnasiums, weswegen die Kieler Schülerinnen das Interview gemeinsam mit Luise Bielstein und Malwine Brückner, die heute dort in der Klassenstufe 12 sind, durchführten.

Nachdem die Sobes durch die Bundesrepublik freigekauft wurden, siedelten sie sich in West-Berlin an, auf ihre Tochter Doreen mußten sie aber noch ein dreiviertel Jahr warten. Sie wurde als „Pfand“ zurückgehalten, damit die Stasi sicher sein konnte, daß das Ehepaar Sobe die abgepreßte Zusage einhielt, nichts von den Geschehnissen ihrer Haftsituation preiszugeben. Doreen, eine künstlerisch begabte junge Studentin, starb mit 22 Jahren an einem äußerst aggressiven



Die Schülerinnen bei Familie Sobe.

Magenkrebs, wozu ein behandelnder Arzt gesagt haben soll, daß es so einen Krebs bei einem derart jungen Menschen nicht geben könne. Es sei denn, er hätte eine zeitlang auf einem stark strahlenden Reaktor gegessen.

Das Interview war – naheliegenderweise – von höchster Emotionalität geprägt. Aber es vermittelte auch Einblick in das Menschenbild, das die SED von den ihr ausgelieferten Menschen hatte. Wer sich dem Leibeigenschaftsanspruch dieser Partei entziehen wollte, etwa durch einen

Ausreiseantrag, wurde meist als Feind behandelt. Der bei den Herrschern des Staates gebräuchliche Begriff „Rechtswidriges Übersiedlungsersuchen“ (RWÜSE) sagte ein übriges.

Die Aktivitäten der Kieler Schüler sollten Modell und Anregung für das Ebert-Gymnasium sein. Das Interesse der Wilmersdorfer Schüler ist potentiell nicht geringer als das der Nordlichter, es muß nur geweckt werden. Die Bildungsbehörden rufen dazu auf. Wir möchten aus unserer positiven Erfahrung heraus dazu ermun-

tern, Schülern deutsche Teilungsgeschichte nahezubringen. Erziehung zur Demokratie – diese Bildungsinhalte gehören dazu. Und außerdem war es interessant zu sehen, wie sich die Schülerinnen sofort sowohl untereinander als auch mit den Sobes verstanden. Eine interessante Aufgabe läßt eben die Fremdheit vergessen.

Es handelte sich um ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Schulen und des Stasimuseums Berlin.

Iris und Bernd Lippmann

„Tatort DDR“

Kunstaktion in Stuttgart im Radiohaus Ost

FUKS – das ist die Abkürzung für die Freien Unabhängigen Künstler Stuttgarts. Zu ihnen gehört auch das Ehepaar Karla und Detlev Fischer. Beide haben an einer Kunstaktion zu einer Ausstellungsreihe teilgenommen.

Mit einer eigenen Performance gegen das Vergessen – „Tatort DDR – Schicksalsjahre 1982–1984“ – ist es ihnen gelungen, in künstlerischer Weise einen Beitrag persönlicher Rückerinnerung zu zeigen. In der DDR politischer Repression ausgesetzt, die zur Flucht mit dem damals 18jährigen Sohn, politischer Haft (Hoheneck und Cottbus) und zum Freikauf führte, fanden sie 1984 in Stuttgart ein neues zu Hause.

Ebenfalls zum Hintergrund dieser Performance gehören die Tagebücher des Freundes Achim Nitsch, Wittenberger Dissident und kritischer Kommentator des DDR-Regimes, der 1982 den Freitod wählte, weil er die Willkür des totalitären Systems DDR nicht mehr aushielt.

Daß man mit Kunst seine Vergangenheit aufarbeiten kann, ist nicht neu. Wie man Kunst zur Aufarbeitung erlittenen Unrechts in der DDR mit der eigenen Lebensgeschichte performen kann, zeigen die Künstler mit besonderen, authentischen Exponaten, die dieser Aktionskunst die Realität des Tatorts DDR verleihen.

Die Handlung innerhalb von „Stationen“ läuft in einem Zeitraffer ab und symbolisiert Repression, Fluchtversuch, politische Haft, Freikauf und Neubeginn in Stuttgart. Auch der Freund Achim findet „imaginäre Präsenz“ in seinem schweigenden Auftritt.

Ein langgezogener Raum wird zum „Verwahraum“. Die Zelle ist bestückt mit Grafiken und einer Collage aus Fotos, Zeitzeugnissen, Texten und Kommentaren der Künstler, Schildern und einem Häftlingshemd. Das Rollenspiel, das Karla und Detlev aufführen, wirkt besonders realistisch durch die Kostümierung. Karla trägt eine echte „Wachteluniform“ aus dem Knast in Hoheneck, einen Schlagstock dazu, Detlev trägt Häftlingshemd und Handschellen.

Die Performance dauert nur acht Minuten, überzeugt aber trotz der Kürze der Zeit durch ihre eindrücklichen Bilder:

Während der Kostümierung bis zum Rollenspiel ist die Tür zur Zelle geschlossen. Der Darsteller Achim Nitsch bewegt sich stumm zwischen den Anwesenden. Bis zum Ende des Spiels nimmt er unter einer Überwachungskamera Platz. Ein schriller Pfeifton ertönt, Karlas Drillpfeife. Sie, als die Wachtel von Hoheneck, verläßt die Zelle, tritt vor die leicht geöffnete Tür und schließt diese wieder zu. Dabei hebt sie drohend den Teleskop-Schlagstock in die Menge der Anwesenden und ruft herrisch: Zurücktreten! Wieder ertönt die Drillpfeife im schrillen Ton. Der Teleskop-Schlagstock in der rechten Hand schlägt wie von selbst dreimal in ihre linke Handfläche. Karla, immer noch als Wachtel aktiv, öffnet die „Grenz-Tür“, und Detlev tritt langsam mit verbundenem Mund und Handschellen davor. Karla gibt Detlev den Schlüssel für die Handschellen. Er befreit sich selbst, reißt sich das Klebeband vom Mund und zieht sich das Häftlingshemd aus. Nun entledigt sich auch Karla ihrer Wachteluniform samt Dienstmütze und Schlagstock. Alles liegt auf dem Boden.

Karla steht in einem schönen grünen Kleid neben Detlev, und beide fassen sich an der Hand, sprechen die befreienden Worte deutlich und wahrnehmbar zu den Anwesenden.

Karla: Gegen – Detlev: das – Karla: Vergessen

Mit authentischer Aufklärung ohne Haß, vor dem Hintergrund persönlicher Erinnerungen und im Gedenken an den Freund Achim Nitsch, ist es den Künstlern gelungen, den Tatort DDR zu performen.

Konstanze Helber



Am Ende legt Karla die Uniform ab – jetzt ist sie frei.



Marx-Grafik von Karla Fischer und Wachteluniform.

Trägerschaft noch unklar

„Dokumentations- und Gedenkstätte“ in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock wird saniert

Die „Dokumentations- und Gedenkstätte“ in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock ist zur Zeit geschlossen. Grund sind umfangreiche Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten, die an dem aus den 50er Jahren stammenden Bau notwendig sind. Für die Baumaßnahme werden 3,6 Millionen Euro kalkuliert, die je zur Hälfte vom Bund und vom Land Mecklenburg-Vorpommern aufgebracht werden sollen.

„Die Arbeiten an der Dokumentations- und Gedenkstätte sollen behutsam durchgeführt werden, damit der Charakter der Gedenkstätte erhalten bleibt“, informierte Christian Hoffmann vom Betrieb für Bau- und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern. „Im günstigsten Fall wird man nach Abschluß der Arbeiten nicht bemerken, daß diese stattgefunden haben“, so Hoffmann weiter. Da das Bauprojekt sich noch in einer sehr frühen Planungsphase befinde, könne man zur Zeit noch nichts über die konkreten Arbeiten im Gebäude sowie über den Fertigstellungstermin sagen. Bekannt ist, daß u.a. dringend Arbeiten zur Trockenlegung des Mauerwerkes, zur Herstellung eines zeitgemäßen Brandschutzes und Erneuerungsarbeiten an der Elektro- und an der Heizungsanlage erforderlich sind. Zur Zeit wird auf der Internetseite des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU) von einer Schließung der Gedenkstätte bis Ende 2018 ausgegangen.

Mit der Schließung und Sanierung ist ein Trägerwechsel des Betreibers der Gedenkstätte verbunden. Die Außenstelle Rostock des BStU, die bisher diese Aufgabe kommissarisch übernommen hatte, wird nach Information des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Jürgen Schmidt, zukünftig „mittelbar“ mit ihrem Know-how die Arbeit der Gedenkstätte unterstützen. Die Gespräche über die zukünftige Trägerschaft seien laut Schmidt noch nicht abgeschlossen, die „bewährte Gedenkstättenarbeit“ würde aber bestehen bleiben. Die Authentizität des historischen Ortes solle auf alle Fälle erhalten bleiben. Das bisherige Gedenkstättenkonzept war geprägt von der Darstellung des authentischen Ortes. Fallorientiert wurden für die unterschiedlichen Besucher- und Zielgruppen der Gedenk-

stätte historische Beispiele der Unterdrückung und Repression in der Stasi-U-Haft herausgearbeitet. So konnten sich Schüler beispielsweise über aus politischen Gründen inhaftierte Schüler und Jugendliche informieren. Auf Eigenaktivitäten der Schüler bei der Erarbeitung des Lernstoffes legte man dabei besonderen Wert. Zur Arbeit der Gedenkstätte gehörte bisher auch die Zusammenarbeit mit einer Unterstützungslehrerin des Innerstädtischen Gymnasiums, die u.a. methodisch-didaktische Konzepte erarbeitet hatte. Gezeigt wurden in der Gedenkstätte in der Vergangenheit auch immer wieder Wanderausstellungen von verschiedenen Anbietern.

Die „Dokumentations- und Gedenkstätte“ hatte in 18 Jahren laut Auskunft von Dr. Volker Höffer, Leiter der Außenstelle der BStU-Behörde in Rostock, 225 000 Besucher. Es fanden 7000 Führungen statt und 2000 Schüler wurden in Projekten oder Führungen betreut.

Jörg Plath

Leserbriefe

Vielleicht ein wenig provokativ

Als Antwort auf den Offenen Brief der IEDF an die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel (s. Ausg. 7/2017, S. 15), schrieb Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, den folgenden Brief.

Sehr geehrter Herr Dr. Holdefleiß,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 10. August 2017, in dem Sie Ihre Ansicht darstellen, daß ehemalige DDR-Flüchtlinge durch einen Beitrag von Herrn Arnold Vaatz in der Zeitschrift SUPERIllu diffamiert worden seien.

Die CDU Deutschlands wendet sich vehement dagegen, die Erinnerung an die Schreckensherrschaft des SED-Regimes zu vernachlässigen, DDR-Unrecht zu verharmlosen oder dessen Opfer unbeachtet zu lassen.

Sichtbarer und grausamer Ausdruck des DDR-Unrechtsstaates war die Mauer an der innerdeutschen Grenze und durch Berlin. Die DDR konnte ihr Fortbestehen nur sichern, indem sie ihre Bürger einsperrte. 28 Jahre lang zerschnitt diese Grenzbefestigung – der vorgebliche „antifaschistische Schutzwall“ – unsere

Hauptstadt. Allein hier starben 138 Menschen bei Fluchtversuchen. Auch außerhalb Berlins teilten tödliche Grenzbefestigungen auf einer Länge von rund 1400 Kilometern Deutschland von der Ostsee bis zum Vogtland. Entlang der innerdeutschen Grenze waren es Hunderte Tote. Vermutlich liegt die Zahl der Opfer aber noch höher als bislang angenommen. Ihnen sind wir es schuldig, allen Versuchen einer Verharmlosung des DDR-Unrechts entgegenzutreten. Die CDU steht auf der Seite der Opfer der SED-Unrechtsherrschaft.

Persönlich bin ich der Meinung, daß der Tenor des von Ihnen kritisierten Artikels darauf abstellt, daß die Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde gegen die Änderung der gesetzlichen Bewertung von in der DDR zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten richtig ist. Mag der Artikel an einigen Stellen vielleicht auch ein wenig provokativ wirken, so bin ich doch der festen Überzeugung, daß es Herrn Vaatz fern lag, eine bestimmte Opfergruppe des DDR-Regimes zu beleidigen.

Mit besten Grüßen
Dr. Peter Tauber

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlußveranstaltung am

Sonnabend, dem 9. Dezember 2017, 10.00 Uhr, nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (Einlaß ab 09.30 Uhr) ein.

Zum Jahresende wollen wir Rückblick auf das Jahr 2017 nehmen und uns im vertrauten Kreise wiedersehen. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Teilnahmebestätigung erbeten an: VOS Chemnitz, Müllerstraße 12, 09113 Chemnitz, oder per Telefon unter 0176 825 73 161.

Der Vorstand der VOS
Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Schaden für die CDU

Zu Arnold Vaatz' Kolumne in der SUPERillu vom 20.7.2017

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die Äußerungen des CDU-Politikers Arnold Vaatz sind falsch und böse. Die Kommentare dazu im Internet sind sehr aussagekräftig. Er hat der CDU als Mitglied des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion sehr geschadet. Solche Aussagen verbreiten sich über die sozialen Netzwerke in allen Bundesländern.

Wir waren etwa vier Millionen Übersiedler vor dem Mauerfall. Die Stasi hatte uns auch weiter im Blick als OV (Operativer Vorgang), nachzulesen in vielen Stasiakten.

Herr Vaatz war der Gewinner der Einheit, der weder Freunde, Familie, Beruf noch alle materiellen Dinge aufgeben mußte für eine ungewisse Zukunft. Er bekommt für seine Ämter sicher eine höhere Rente oder Pension als die meisten DDR-Übersiedler.

Für diesen Politiker muß sich die CDU schämen, zumal er sich vor Jahren noch gegenteilig äußerte.

Margita Eikenberg, Königstein i.Ts.

(Der Brief ging auch an Volker Bouffier, Ministerpräsident des Landes Hessen.)

Suchanzeige

Haftzwangsarbeit im Bezirk Gera: Zeitzeugen gesucht!

Die Gedenkstätte Amthordurchgang sucht nach Zeitzeugen, die bereit sind, über ihre Erfahrungen mit Haftzwangsarbeit in Haftanstalten oder Jugendeinrichtungen im ehemaligen Bezirk Gera zu sprechen. In der DDR war die Pflicht zur Arbeit in den meisten Haftanstalten und Einrichtungen der Jugendhilfe wesentlicher Bestandteil des Alltags. Daß diese Pflicht zur Arbeit in zahlreichen Fällen durchgesetzt wurde, ohne Rücksicht auf die körperliche und seelische Unversehrtheit der Menschen zu nehmen, haben verschiedene Studien in den letzten Jahren klar herausgearbeitet. Offiziell diente die Arbeit in Haftanstalten und Jugendeinrichtungen als „Erziehungsinstrument“, wurde jedoch in der Praxis wiederholt unter Zwang aufgrund rein wirtschaftlicher oder repressiver Funktionen durchgesetzt.

Inwieweit jedoch der Begriff „Zwangsarbeit“ geeigneter ist als „Haftzwangsarbeit“, um diese Praxis zu beschreiben, und wie verbreitet dies war, darüber wird aktuell noch gestritten. Im Zuge dieser in den letzten Jahren eifrig geführten Debatte möchten wir die Arbeitsbedingungen in Haftanstalten und Jugendeinrichtungen im Bezirk Gera untersuchen. Dafür sind wir auf Ihre Mithilfe und Ihr Vertrauen angewiesen.

Zeitzeugen, die bereit sind, über ihre Erfahrungen in Haftanstalten oder Jugendeinrichtungen zu sprechen, können sich per E-Mail oder telefonisch melden unter Tel. (03 65) 552 76 30, E-Mail info@torhaus-gera.de.

Über Ihre Unterstützung freuen wir uns sehr.

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945–1990 Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung.

Abschied

Im Alter von 94 Jahren starb **Jürgen Reinhold** am 5. August 2017 in seinem Haus in Essen.

Vielen Stacheldraht-Lesern ist er wohl bekannt: Als Jurist war er viele Jahre lang Leiter des Zentralbüros des Essener Krupp-Konzerns und arbeitete in dieser Funktion direkt Berthold Beitz zu. Diese Position ermöglichte es ihm, sich für den Freikauf politischer Gefangener und Ausreisewilliger aus der DDR einzusetzen. Beginnend mit der Verhaftung seiner eigenen Verwandten wegen versuchter Republikflucht setzte er sich zwischen 1973 und 1986 erfolgreich für die Freilassung mehrerer hundert Menschen aus DDR-Gefängnissen ein, wie auch für die Zusammenführung ihrer Familien. Dank seiner Beharrlichkeit gelang ihm dies insbesondere in einer ganzen Reihe der sogenannten besonders schwierigen Fälle.

Seine Frau Helga (1923–2013) und er nahmen viele dieser Menschen im Notaufnahmeflager Gießen persönlich in Empfang. Vielen gaben sie in ihrem Haus in Essen Unterkunft, wo einige der ehemaligen Häftlinge zum Teil wochenlang blieben, bis sie eine Wohnung und Arbeit gefunden hatten und ihre Kinder ihnen gefolgt waren. Helga Reinhold betreute zugleich ein Wohnheim für Aussiedler aus Rußland, Polen und Rumänien. Beide Eheleute wurden für ihr uneigennütziges Wirken 2002 mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Die Unterlagen zu den teils langwierigen Verhandlungen zu Freikauf und Ausreise können Betroffene auf Antrag im Historischen Archiv Krupp in der Villa Hülgel einsehen.

Alle, die Jürgen Reinhold kennenlernten, nahmen ihn in seiner herzlichen und humorvollen Art als Vorbild menschlicher Größe wahr.

Manchen wurde er zum väterlichen Freund. Wir trauern mit seinen Angehörigen, sind ihm zutiefst dankbar und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Stellvertretend für die vielen, die ihm ihre Freiheit verdanken,

Dr. Hans-Joachim Springer

Eine Hymne an die Liebe

Mit seinem Roman „Notre Dame“, der eigentlich „Sacré Cœur“ heißen müßte, hat sich der Poet und Romancier Ulrich Schacht endgültig an die einsame Spitze der deutschen Gegenwartsliteratur geschrieben. Seine Sprache, die Kraft seiner Bilder, seine Kunst, Assoziationen und (auch längst vergessene) Gefühle in seinen Lesern zu wecken, ist derzeit unübertroffen.

Es ist ein Roman über die Liebe, die Schönheit des Lebens noch im kleinsten Detail, die Urgewalt von Kunst und Natur, aber auch über die Unvollkommenheit des Menschen, seines Geworfenseins in die Welt, wie es der Philosoph Heidegger nennt, sein Scheitern, oft an sich selbst und seine Bestimmung zum Tode.



Ulrich Schacht: *Notre Dame*, Aufbau Verlag 2017, 431 S., 22,- €

„Schade, daß es nur dieses eine Leben gibt – ich bräuchte so nötig zwei: eines zum Lernen und eines zum Leben“, schreibt Rike, Schachts Protagonistin und die „Frau meines Lebens“ seines Helden Torben Berg. Sie setzt hinzu, daß alle Menschen das bräuchten.

Wie wahr, aber jeder ist dazu verdammt, mit nur einem Versuch zurechtzukommen. Worauf es in diesem Versuch ankommt, darauf gibt Schacht eine radikal eindeutige Antwort: die Liebe. Nur wer die Kraft hat, lieben zu können, selbst wenn die Liebe scheitert, was wohl häufiger ist, als daß sie ewige Erfüllung findet, hat Aussicht auf Gelingen. Wer liebt, sieht die Welt schärfer, ist offen für ihre verschwenderische Schönheit. Schacht läßt seine Leser teilhaben an den täglichen Wundern, die Torben Berg in sich aufnimmt. Wer schon einmal in Paris gewesen ist, wird durch Schachts Beschreibungen an seine seligsten Momente erinnert, selbst wenn er sie längst vergessen zu haben glaubte. Wer nie auf dem Färöer-Archipel gewesen ist, wird nach der Lektüre des Romans das Bedürfnis haben, diese Inseln selbst zu sehen. Seit den „Wahlverwandtschaften“ von Goethe hat es keine so anrührende, intensive Beschreibung des Menschen in der Landschaft gegeben.

Schacht, der etwa in dem Alter ist, in dem Philip Roth seinen „Menschlichen Makel“ oder Louis Begley „About Schmidt“ geschrieben hat, vermeidet den Fehler der beiden, die Affäre eines Mittsechzigers zu einer vierzig Jahre jüngeren Putzfrau oder Kellnerin zum ultimativen Liebeserlebnis zu verklären. Sein Torben Berg ist 39 Jahre alt, als er unerwartet die Frau seines Lebens trifft, die sein bisheriges Dasein zerbröckeln läßt, wie den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat zur Zeit des Romangeschehens. Dennoch ist es kein „Wenderoman“. Im Gegenteil: zwar wird immer mal wieder auf die Friedliche Revolution und ihre Folgen Bezug genommen, aber das spielt sich im Hintergrund ab, als Metapher für die Urgewalt, die Berg erfaßt hat.

Rike lebt in Leipzig, er ist Redakteur einer damals sehr bedeutenden Zeitung. Unter dem Vorwand, über die Stasiaktenvernichtung, die zur Zeit des letzten Innenministers der Noch-DDR stattfand, recherchieren zu wollen, beantragt Berg zahlreiche Dienstreisen in die Messestadt, um Rike nahe zu sein. Er gewinnt sie, aber nur kurz. Der Höhepunkt ihrer Geschichte ist der Besuch des Paares von Sacré Cœur in Paris. In der Kirche hatte Berg „den einzigen Wunsch“: „Von dem Schutz zu erbitten, dem dieser Raum gehörte. Zugleich wußte er, daß dieser Wunsch an diesem Ort nur ein wahnwitziger Frevel sein konnte, hatte er doch vor über einem Jahrzehnt schon einmal den Segen über sich und eine Frau sprechen lassen, die immer noch seine Frau war. Doch hatte es selbst dieses Wissen nicht vermocht, ihn zur Besinnung zu bringen.“ – Das konnte nur schief gehen.

Während klar ist, was sie ihm bedeutet, ist unklar, was er für sie ist. Einerseits lockt sie ihn, gibt sich ihm leidenschaftlich hin, was, wieder im Gegensatz zu Roth oder Begley, zum Glück überwiegend nur angedeutet, statt dezent illustriert wird. Das verleiht dem Roman eine Eleganz, die an die Hochzeit der Romankultur erinnert. Doch nach der Illusion, eins geworden zu sein, verschwindet Rike oder stößt Berg weg. „Mein Gott, ich weiß nicht, was ich will! Ich weiß nicht, was für einen Weg ich gehen kann. Ich weiß nicht, was mich glücklich machen könnte“, schreibt Rike an Berg, nachdem sie wieder einmal von ihm weg geflüchtet ist.

Was beweist, daß es nicht, wie bei Alessandro Manzoni, die Pest in Mailand oder

der Raubritter sein muß, der den Liebenden von der Geliebten trennt. Nein, wenn die „Antifaschistische Schutzwall“ genannte Mauer weg ist, die so viele Liebende trennte, sind es die inneren Dämonen, die sich als unüberwindliche Hindernisse herausstellen.

Am Ende muß Berg erkennen, daß er machtlos ist. Er könnte diese Liebe leben, Rike nicht. Sie ist die Gefangene ihrer diffusen Ängste. Warum sie sich nicht befreien kann, bleibt ein Rätsel. Am Schluß ist jeder auf sich zurückgeworfen. Es gibt kein Happy End, aber eine Geschichte, die weiter geht, Torben Bergs Geschichte. Manzoni's Roman „Die Verlobten“, so Goethe an Eckermann, hat „alles überflügelt, was wir in dieser Art kennen. Ich brauche Ihnen nichts weiter zu sagen, als daß das Innere alles, was aus der Seele des Dichters kommt, durchaus vollkommen ist, und daß das Äußere, alle Zeichnungen von Lokalitäten und dergleichen gegen die inneren Eigenschaften um kein Haar zurücksteht... Der Eindruck beim Lesen ist der Art, daß man immer von der Rührung in die Bewunderung fällt, und von der Bewunderung in die Rührung, so daß man von einer der beiden Wirkungen gar nicht herauskommt.“

Goethe, da bin ich sicher, hätte das auch über „Notre Dame“ geschrieben. Das glauben Sie nicht? Lesen Sie selbst!

Vera Lengsfeld

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Schifferstadter Tagblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Veranstaltungen

6.11. (Mo), 9.00–18.30 Uhr:

10. Hohenschönhausen-Forum. Kommunismus und Gewalt – Ideologie und Praxis eines Herrschaftssystems; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen u.a.; Ort: Christliches Sozialwerk Berlin e.V., Landsberger Allee 225, 13055 Berlin; Teilnahme nur mit vorheriger Anmeldung möglich unter Tel. (030) 98 60 82-413, Fax (030) 98 60 82-464 oder E-Mail a.kokisch@stiftung-hsh.de

6.11. (Mo), 18.30 Uhr:

1961/1989 Medien, Macht, Öffentlichkeit. Der Mauerfall im Spiegel der internationalen Medien, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

7.11. (Di), 18.00 Uhr:

Deutsche Einheit(lichkeit) – Lebensverhältnisse und Mentalitäten in Ost und West; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a. im Rahmen der Reihe „Deutschland 2.0 – Die DDR im vereinigten Deutschland“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

7.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Mythos Schwedt“. Militärstrafvollzug, NVA-Disziplinareinheit und die Stasi, Ref. Arno Polzin, BStU, Ingolf Berthold, Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

8.11. (Mi), 18.00 Uhr:

„Für die Menschenrechte. Charta 77“. Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

9.11. (Do), 10.30 Uhr:

28. Jahrestag des Mauerfalls, Gedenkveranstaltung und Andacht; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße, 13355 Berlin

9.11. (Do), 15.00 Uhr:

„Orte der Friedlichen Revolution“. Ausstellungseröffnung der deutsch-arabischsprachigen Präsentation; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Soziokulturelles Zentrum „Die Villa“, Lessingstr. 7, 04109 Leipzig

10.11. (Fr), 18.00 Uhr:

„Wir sind doch kein Hotel. Fluchtort Botschaft“. Filmvorführung u. Podiumsgespräch mit Zeitzeugin u. Regisseurin Inge Albrecht u. Botschafter a.D. Hans Otto Bräutigam; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

DDR-Anwälte im politischen Prozeß

In der wissenschaftlichen Reihe des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) legt Autor Christian Booß seine Dissertation an der Humboldt Universität Berlin vor. Trotz eines sperrigen Titels liest sich das Buch sehr gut, an manchen Stellen wird es sogar skurril, wenn beispielsweise beschrieben wird, wie eine Rechtsanwältin durch Schwarzmarktgeschäfte für ihren MfS-Führungsoffizier zum Problem wird und er mehrere Jahre damit beschäftigt ist, sie und sein Ministerium vor einer Dekonspiration zu schützen. Daneben gibt es viele tragische Darstellungen, bis hin zum Mandantenverrat durch Rechtsanwälte.

Wenig erstaunlich sind Fälle, wie der des SED-Anwalts Friedrich Wolff, dessen MfS-Akten im Archiv der BStU nicht auffindbar sind, wie auch die Unterlagen von Wolfgang Vogel, der vorwiegend den Freikauf politischer DDR-Häftlinge managte, nur in Bruchstücken existieren. Hier haben die Mitarbeiter des MfS 1989 akribische Arbeit geleistet. Dagegen sind Papiere über den zeitweiligen „Staranwalt“ Friedrich-Karl Kaul, den sogar ein Professorentitel schmückte, in großer Zahl auffindbar, zwischen ihm und seinem Kollegen Vogel soll eine tiefe Feindschaft bestanden haben, weil sich FKK, wie ihn seine Freunde nennen durften, durch den jüngeren Vogel zurückgesetzt gefühlt haben soll.

Nicht alle Rechtsanwälte in der DDR waren Mitglieder der SED oder einer Blockpartei, einige wenige erhielten sich eine gewisse Unabhängigkeit, die allerdings nicht bei politischen Prozessen galt. Privilegierte wie Lothar de Maizière oder Gregor Gysi hatten kaum Probleme, denn sie konnten direkt mit der SED-Führung Kontakt aufnehmen, deshalb ist die Frage ihrer Tätigkeit für das MfS nicht vordergründig wichtig, zumal auch in diesen Fällen die aufgefundenen MfS-Akten nur Bruchstücke enthalten oder verschwunden sind. Anders sieht es im Fall Wolfgang Schnur aus. Der angebliche „Kirchenanwalt“ hat das MfS so beschäftigt, daß eine fast endlose Reihe von Akten vorhanden war, die letztlich zur Rache seiner Führungsoffiziere führte, die ihn enttarnten, als er 1990 – weil er sich schon als künftiger DDR-Ministerpräsident sah – damit drohte, gegen die MfS-Mitarbeiter vorzugehen.

Auch die Tätigkeit von Rechtsanwälten als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS wird

ausgiebig beleuchtet, zu denen ja auch Schnur, Vogel, Gysi und de Maizière gehörten bzw. gehört haben sollen, diese Anmerkung ist notwendig, um Klagen von Gysi oder de Maizière zu vermeiden.

Nach dem Untergang der SED-Diktatur gab es massenhafte Zulassungen von Anwälten unter den Regierungen Modrow und de Maizière, wobei der Anwalt de Maizière äußerst großzügige Gesetze für seine DDR-Kollegen erließ, mit denen MfS-Juristen sich ohne Probleme niederlassen konnten, besonders viele im Land Brandenburg. Bis heute agieren so ehemalige hauptamtliche MfS-Täter als Rechtsanwälte, und auch der Deutsche Anwaltsverein hat damit kein Problem.

Autor Christian Booß ist selbst Mitarbeiter der BStU, war zeitweise Pressesprecher dieser Behörde, hatte privilegierten Zugang zu den Archiven. Dadurch ist ein außergewöhnliches Werk aus über eintausend Prozeß- und Ermittlungsakten entstanden.

Auch wenn der Preis etwas abschreckt, ist es ein Buch, welches ein bisher vernachlässigtes Gebiet behandelt und besonders empfehlenswert

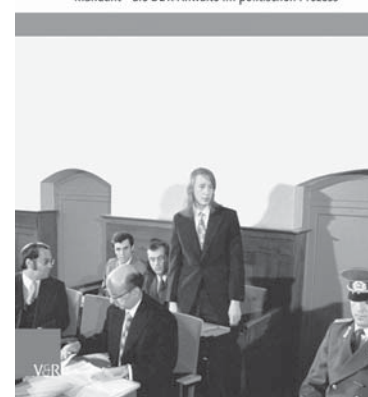
ist. Es gibt einen ausführlichen Anhang, doch leider fehlt ein Namensverzeichnis, das die Suche sehr erleichtern würde, denn dieses Buch ist auch ein wichtiges Nachschlagewerk.

Anton Odenthal

Christian Booß

Im goldenen Käfig

Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozeß



Christian Booß: *Im goldenen Käfig – Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozeß*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 813 S., 45,- €

Buchtip

Staatsdoping in der DDR

Eine Einführung

Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen für Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin 2017, Schutzgebühr 6,- €

Victor Klemperer: Briefband

Daß der Ostberliner Romanistikprofessor Victor Klemperer (1881-1960) dreieinhalb Jahrzehnte nach seinem Tod mit seinen Tagebüchern 1933/45 einmal weltweit bekannt werden würde, war damals, als er in Dresden am 11. Februar 1960 gestorben war, nicht zu erwarten gewesen. Als jüngster Sohn eines Rabbiners in Landsberg an der Warthe geboren, hatte er 1897 die Schule abgebrochen, dann aber 1902 das Abitur nachgeholt und vier Jahre in München, Genf, Paris und Berlin die Fächer Philosophie, Germanistik und Romanistik studiert, ohne freilich irgendein Examen abzulegen.



Victor Klemperer: *Warum soll man nicht auf bessere Zeiten hoffen. Ein Leben in Briefen*, Aufbau-Verlag, Berlin 2017, 640 S., 28,- €

Statt dessen heiratete er am 16. Mai 1906 die aus Königsberg/Preußen stammende Konzertpianistin Eva Schlemmer (1882–1951) und führte an ihrer Seite ein unbeschwertes Leben als Zeitungsschreiber. Sechs Jahre später zog er, der 1903 zum Protestantismus konvertiert war, mit seiner Frau nach München, nahm sein unterbrochenes Studium wieder auf und erwarb mit einer germanistischen Arbeit den Dokortitel. Die Habilitation erfolgte 1914 bei dem weithin angesehenen Romanisten Karl Vossler (1872–1949). Schon 1915, mitten im Ersten

Weltkrieg, an dem er als Kriegsfreiwilliger an der Westfront teilnahm, ging er als Privatdozent nach München und wurde 1920 als Ordinarius an die Technische Universität Dresden berufen.

Diese 15 Dresdner Jahre, bevor er 1935 als Jude und NS-Gegner in den zwangsweisen Ruhestand versetzt wurde, waren die wissenschaftlich fruchtbarsten im Leben des in der Neumark geborenen Gelehrten. Noch im Jahr der „Machtergreifung“ 1933 erschien seine Monographie des französischen Barockdramatikers Pierre Corneille (1606–1684). Das 1938 verhängte Verbot für Juden, öffentliche Bibliotheken zu benutzen, machte ihm freilich wissenschaftliches Arbeiten völlig unmöglich. Die staatlich

angeordnete Entrechtung der deutschen Juden führte dazu, daß das Ehepaar Klemperer 1940 das sechs Jahre zuvor bezogene Wohnhaus in Dölzchen verlassen und in ein Dresdner „Judenhaus“ umziehen mußte. Noch aber war Victor Klemperer, der seit 1943 in mehreren Dresdner Betrieben Zwangsarbeit leisten mußte, durch die Ehe mit einer „arischen Frau“ vor der Verschleppung in ein Konzentrationslager geschützt.

Während des Angriffs angloamerikanischer Flugzeuge auf Dresden in der Nacht des 12./13. Februar 1945 konnten Eva und Victor Klemperer, der sich den „Judenstern“ abgerissen hatte, aus der brennenden Stadt entkommen und sich bei einer früheren Hausangestellten im Dorf Piskowitz/Oberlausitz verstecken. Von dort aus erreichten sie in mehrtägiger Flucht über München das Dorf Unterbernbach bei Augsburg, von wo aus sie am 10. Juni 1945 in ihr Haus nach Dölzchen zurückkehrten.

In Dresden trat Victor Klemperer sofort aus der Evangelischen Kirche aus, die ihn nicht vor Verfolgung hatte schützen können. Im Herbst 1945 wurde er in seinem 1935 verlorenen Amt als Universitätsprofessor bestätigt, trat am 23. November der KPD bei und wurde automatisch Ostern 1946 in die neugegründete SED übernommen. Er wurde am 1. Dezember 1945 Direktor der Volkshochschule Dresden, übernahm 1946/47 im „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ leitende Funktionen und veröffentlichte 1947 sein Buch „LTI“ (Lingua Tertii Imperii) über den Sprachmißbrauch im „Dritten Reich“. Im selben Jahr wurde er an die Universität Greifswald berufen und von dort 1948 nach Halle, wo er bis 1960 lehrte, zugleich übernahm er 1951/55 eine Professur an der Ostberliner Humboldt-Universität.

Eva Klemperer, die 45 Jahre mit ihm verheiratet gewesen war und die Demütigungen und Erniedrigungen während der NS-Zeit mit ihm durchgestanden hatte, starb überraschend am 8. Juli 1951. Schon im Jahr darauf heiratete er die Romanistin Hadwig Kirchner (1926–2010), die er seit 1948 kannte. Sie war in Halle seine Assistentin und in Ostberlin seiner Oberassistentin und schrieb bei ihm ihre Dissertation über Heinrich Manns (1871–1959) zweibändige Exilroman „Die

Veranstaltungen

14.11. (Di), 18.00 Uhr:

Der verdeckte Kommunismus, Ref. Hinrich Rohbohm, Journalist; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

14.11. (Di), 18.00 Uhr:

Von der „Neuen Frau“ zur neuen Frauenbewegung: Emanzipationskonzepte auf Zeitreise, Ref. Prof.Dr. Brigitte Studer (Universität Bern); Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Centre Marc Bloch, Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

14.11. (Di), 18.00 Uhr:

Die Haftanstalt in der Magdalenenstraße oder Wie die Stasi nach Lichtenberg kam – vom NKWD zur Stasi, Ref. Peter Erler, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Veranstaltung d. Bürgerkomitees 15. Januar e.V. Berlin; Ort: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

15.11. (Mi), 17.00 Uhr:

„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“, Buchlesung mit Autor Peter Wensierski u. Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

15.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Einrichten im Übergang. Das Aufnahmelaager Gießen, Buchvorstellung mit Dr. Jeanette van Laak, Simon-Dubnow-Institut Leipzig; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelaager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

16.11. (Do), 19.00 Uhr:

Allwissend und hilflos? Die Stasi im Herrschaftsgefüge des SED-Staates, mit Dr. Jens Gieseke, Historiker, ZZf, Ronny Heidenreich, Historiker, Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND, Prof. Dr. Jens Reich, Molekularbiologe, 1989 Neues Forum, Mitglied der frei gewählten Volkskammer, Mod. Prof.Dr. Daniela Münkel, Historikerin, BStU; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. im Rahmen der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit und Bedeutung“; Ort: Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, Berlin-Mitte

16.11. (Do), 19.00 Uhr:

Stasi in der Produktion. Die Rolle der DDR-Geheimpolizei in den Betrieben, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Renate Hürtgen, Berlin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: So-



cietät Rostock maritim (ehem. Schiffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

28.11. (Di), 18.00 Uhr:

Blut und Feuer. Thomas Reschke, Übersetzer, stellt das Buch von Artjom Wesjoly vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.12. (Di), 18.00 Uhr:

„Ostkaktus“, Spielfilm über die Punkszene Anfang der 80er Jahre in der DDR, Filmvorführung u. Publikums-gespräch mit den Darstellern; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

6.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Was bleibt? Die Staatssicherheit und die Zukunft der „Dienste“, mit Clemens Binninger, Vorsitzender d. letzten NSU-Untersuchungsausschusses u. d. Konferenz der Parlamentarischen Kontrollgremien, Dr. Helmut Müller-Enbergs, Historiker, Winfriede Schreiber, Juristin, ehemals Leiterin d. Verfassungsschutzes in Brandenburg, Wolfgang Wieland, Jurist, stellv. Mitglied der letzten G 10-Kommission des Bundestages, Mod. Harald Asel, Journalist, rbb-Inforadio; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. im Rahmen der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit und Bedeutung“; Ort: Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Amerika-Haus, Hardenbergstr. 22–24, Berlin-Charlottenburg

12.12. (Di), 18.00 Uhr:

Die Massen und der Massenmord, Ref. Prof. Dr. Karl Schlögel; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 8, 10117 Berlin

12.12. (Di), 18.00 Uhr:

Stalin, Nähmaschine und ich, Buchlesung mit der rußland-deutschen Autorin Erna Wormsbecher, musikalische Umrahmung: Laila Popiolek u. Vanessa Stein, anschließend Beisammensein mit Punsch und Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

12.12. (Di), 19.00 Uhr:

Der Fall Detlef Chilla, mit Detlef Chilla, Zeitzeuge, Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehem. Schiffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

Jugend und die Vollendung des Königs Henri Quatre“ (1935/38).

Niemand aber, außer seinen beiden Ehefrauen Eva und Hadwig, wußte zu DDR-Zeiten davon, daß er nicht nur angesehener Literaturwissenschaftler, sondern auch geheimer Tagebuchschreiber war, der unter Lebensgefahr seine Verfolgungsgeschichte 1933/45 aufgezeichnet hatte. Das 1995 unter dem Titel „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten“ (1800 Seiten) veröffentlichte Tagebuch begründete seinen Nachruhm.

Der vorliegende Briefband ist eine unentbehrliche Ergänzung zu allen Ausgaben seiner Tagebücher von 1918 bis 1959. Einer der ersten Briefe vom 28. April 1910 war an die deutsch-mährische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach (1830–1916) gerichtet, die er ehrerbietig darum bat, sie besuchen zu dürfen. Brieflichen Austausch pflegte er aber auch mit Fachkollegen, die entweder emigriert oder des Amtes enthoben worden waren wie Karl Vossler in München; ein anderer Briefpartner war Werner Krauss (1900–1976), der als Widerstandskämpfer 1944 knapp der Todesstrafe entronnen war und 1947 nach Leipzig berufen wurde.

Victor Klemperer, der den Aufstieg des Nationalsozialismus mit wachen Sinnen beobachtete, war dennoch politisch blind. Sein ältester Bruder Georg Klemperer (1865–1946), Medizinprofessor in Berlin, war weit helllichtiger und emigrierte im Alter von immerhin 70 Jahren in die Vereinigten Staaten. In mehreren Briefen beschwor er seinen Bruder, das Land zu verlassen und sich eine „außerdeutsche Unterkunft“ (5. Januar 1934) zu suchen, stieß aber auf taube Ohren.

Jörg Bernhard Bilke

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebsch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Rolf Aurich, Johanna Bächli, Uwe Behne, Hans- Joachim u. Lisa Elli Berndt, Andreas Bogoslawski, Gerold von Busse, Erna Carbow, Elke Daßau, Prof. Dr. Adolf Ebel, Emil Gärtitz, Dr. Rolf Haberland, Wolfgang Heilmann, Brigitte Edith Kröger, Peter Menzel, Dr. Torsten Müller, Ilse Pietrass, Thomas Rademacher, Eike Christine Radewahn, Almut Reinhold-Tepfer, Günter Sickora, Dr. Cornelia u. Dr. Hans-Joachim Springer, Gerda Weisheit

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die Welt hat nie eine gute
Definition für Freiheit gefunden.

Abraham Lincoln

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski

Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17. Oktober 2017

